

DOKUMENTATION

*H. Wald / H. Piffner*

Nr. 10/1973

WESTDEUTSCHE REKTORENKONFERENZ			
h 6			
15. MAI 1973			
Postleitzahl	Ag.		

I n h a l t

Verband Deutscher Studentenschaften (II)  
(vgl. WRK-Mitteilungen/Dokumentation Nr. 9/1973)

EntschlieBungen der 25. o.MV., Bonn,  
22. bis 27. März 1973:

- Plattform für eine demokratische Studienreform  
(Arbeits- und Diskussionsgrundlage);
- Zur Personalstruktur an den Universitäten;
- Zum numerus clausus.

-----

WESTDEUTSCHE REKTORENKONFERENZ

Mitteilungen

DOKUMENTATION

11. April 1973

Westdeutsche Rektorenkonferenz

Dokumentationsabteilung

Mitteilungen / Dokumentation Nr. 10/1973

Bonn-Bad Godesberg, 18. April 1973

Redaktion: Dr. Werner Becker

25. o. MV BONN

Angenommen

262:168:2

als Arbeitsgrundlage

ANTRAG Nr. 201

VDS - PLATTFORM FÜR EINE DEMOKRATISCHE STUDIENREFORM

Die 25. MV des VDS möge beschließen:

Die VDS-PLATTFORM FÜR EINE DEMOKRATISCHE STUDIENREFORM wird als Arbeitsgrundlage für die ASten und Fachschaften sowie die VDS-Organe, insb. Fachkonferenzen beschlossen.

Die 25. MV fordert ASten, Fachschaften und Fachkonferenzen auf, die VDS-PLATTFORM FÜR EINE DEMOKRATISCHE STUDIENREFORM konkret zu diskutieren und durch Konkretisierung auf den jeweiligen Studienbereich / Arbeitsbereich weiterzuentwickeln.

Antragsteller: VDS-Vorstand

Abstimmungsergebnis:            Ja:  
  Nein :  
  Enth.:

VDS - PLATTFORM

FÜR EINE DEMOKRATISCHE STUDIENREFORM

---

	<u>Seite:</u>
<u>1. Einleitung</u>	1
<u>2. Tendenzen der Formierung und Reglementierung des Studiums</u>	4
<u>3. Prinzipien einer demokratischen Studienreform</u>	13
3.1 Die Ausbildungsinteressen der Masse der Studenten - demokratische Berufspraxis als zentrales Ausbildungsziel	
3.2 Zentrale Aspekte einer demokratischen Studienreform	18
3.2.1 Demokratische Studienreform heißt, den offensiven Kampf gegen die staatlichen Reglementierungen zu führen	18
3.2.2 Verbindung von aktivem Lernen mit dem Massenkampf an der Basis	19
3.2.3 Verbindung von fachlicher und politischer Qualifizierung	20
3.2.4 Verbindung von Hochschulkampf und demokratischer Berufspraxis	21
3.2.5 Verbindung von Ausbildungsprozeß und Ausbildungskampf	22
3.2.6 Entwicklung der eigenen organisierten Stärke	22
3.2.7 Erringung von Kampfpositionen für eine demokratische Studienreform	24
<u>4. Kampfpositionen einer demokratischen Studienreform</u>	26
4.1 Projektstudium	26
4.2 Demokratische Studieninhalte	30
4.3 Einheitlichkeit des Studiums	35
4.4 Demokratisierung der Prüfungen	38
<u>5. Forderungsprogramm für eine demokratische Studienreform</u>	43

1 1. Einleitung

Studienreform, dieses Wort<sup>ist</sup> in aller Munde. Selbst der "Bund Freiheit der Wissenschaft" (BUF) hat es entdeckt. Doch was steckt dahinter, wenn der BUF, wenn BDI, wenn die Kultusminister (ob CDU/CSU oder SPD) von "Studienreform" reden? 1970 schrieb die Bundesregierung in ihrem Bildungsbericht: "Die Hochschule der Zukunft muß durch eine Studienreform umgestaltet werden, die den Entwicklungen von Wissenschaft und Gesellschaft inhaltlich und didaktisch Rechnung trägt." Was ist seither geschehen? 5 10

- Im Sommer 1972 hat der Finanzplanungsrat die geplanten Bildungsausgaben drastisch reduziert. Bund und Länder halten sich an diese Kürzungsbeschlüsse. Bildungsminister Dohnanyi folgert: "Studienreform ist Kapazitätspolitik für die Hochschulen." 15

85% der Bewerber für das Fach Medizin zum Wintersemester 72/73 werden abgewiesen. 20

Der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz erklärt (ebenfalls 1972): "Das Kernstück der Hochschulreform ist die Studienzeitbegrenzung." 25

In Hamburg werden Pläne zur Zwangsexmatrikulation der Studenten vorgelegt. 25

Studienreform der Herrschenden: Das ist die Politik des materiellen Bildungsnotstands.

- Im Januar 1972 beschließen die Regierungschefs von Bund und Ländern den sog. "Radikalen-Erlass". Die Berufungspraxis der Ministerien ist die Praxis des Berufsverbots: Wer militaristische, antikommunistische, friedensfeindliche oder antigewerkschaftliche Lehrinhalte vertritt, kann sicher sein, einen hochdotierten und gut ausgestatteten Hochschul-lehrerposten zu bekommen. Wer dagegen von den Wissenschaftlern Ansätze demokratischen Engagements zeigt, wird diskriminiert; wer entschieden für Demokratie und sozialen Fortschritt eintritt, wird von den Herrschenden erbittert verfolgt. 30 35 40

Durch Erlasse der Kultusministerien, vereinbart in der KMK, sollen Tutorenprogramme unter die inhaltliche Kontrolle reaktionärer Ordinarien genommen werden. 40

Über Einschränkung des studentischen Rechts zur freien Wahl der Prüfer und durch Aberkennung des Prüfungsrechts bei kritisch eingestellten Hochschullehrern sollen Studium und Lehre vollends in den Würgegriff reaktionärer Interessen genommen werden. 45

Studienreform der Herrschenden: Das ist die Politik des politischen Bildungsnotstands. 50

- Im CSU-Entwurf eines Hochschulgesetzes für Bayern (1972/73) sind staatliche "Studienreformkommissionen" vorgesehen, die -ohne,5 Einfluß der Hochschulen, geschweige denn der Studenten-

verbindliche Vorschriften über Studienordnungen zu beschließen haben.

Kultusminister Maier ordnet an (Herbst 1972), daß die Hochschulen innerhalb Jahresfrist Studienpläne herauszugeben haben, die mit den staatsministeriellen Prüfungsordnungen konform gehen. Andernfalls -so Maier- werden keine Planstellen mehr bewilligt.

Die KMK wälzt insgeheim Pläne (zu Beginn 1972), die die bayrische Fachaufsicht des Staates bundesweit über ein "Instrumentarium zur Reform der Prüfungs- und Studienordnungen" etablieren.

Studienreform der Herrschenden: Das ist die Politik der administrativen Reglementierungen.

Studienreform der Herrschenden: Das ist Formierung des Studiums im Verwertungs- und Herrschaftsinteresse des Großkapitals und des Staates.

Diesen Zusammenhang durchschauen immer mehr Studenten. Sie erkennen, daß Probleme des Studiums politische Probleme sind, und daß sie in ihrem Sinne nur gegen Großkapital, gegen CDU/CSU und rechte SPD, gegen den BUF zu lösen sind. Immer mehr Studenten treten aktiv für ihre Ausbildungsinteressen ein, kämpfen gegen den materiellen Bildungsnotstand, gegen Berufsverbot und für Mitbestimmung. Immer mehr Studenten erkennen, daß ihr Kampf nur im Bündnis mit den lohnabhängig Arbeitenden und ihren Organisationen, den Gewerkschaften, im Bündnis mit allen fortschrittlichen Kräften eine Perspektive hat.

Dabei können sie davon ausgehen, daß die Gewerkschaften - in der letzten Zeit immer intensiver - Vorstellungen und Forderungen für eine demokratische Bildungsplanung erarbeitet haben und weiterentwickeln, z. B. die Bildungspolitischen Vorstellungen des DGB oder zahlreiche Veröffentlichungen der Einzelgewerkschaften GEW oder ÖTV, die ein weites Feld gemeinsamer Forderungen und Möglichkeiten ihrer Durchsetzung eröffnen. Die Einsicht, daß studentischer Kampf nur erfolgreich an der Seite der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, den Gewerkschaften geführt werden kann, ist aus der Phase eines abstrakten Anspruchs weiterentwickelt worden zu einer konkreten Praxis in vielen Fragen.

Doch der Kampf der Studenten gegen die herrschende Studienformierung bleibt vielfach zersplittert, bleibt vielfach in bloßen Abwehrreaktionen stecken. Einzelne Teilaspekte der Studienreform werden isoliert angegangen und verabsolutiert, eine einheitliche vorwärtsweisende Perspektive des studentischen Studienreformkampfes ist oftmals nicht erkennbar, geschweige denn für die Masse der Studenten erfahrbar. Organisationsansätze zu einer demokratischen Studienreform bleiben allzu häufig im Ansatz stecken. Die Erkenntnis, daß eine demokratische Studienreform der Schwerpunkt der demokratischen Hochschulreform ist, bleibt vielfach noch abstrakte These im Kampf der breiten Mehrheit der Studenten an der Hochschule. Der Erkenntnis fehlt der umfassende Bezug zur Praxis. Der Organisiertheit der Herrschenden in der Studienformierung, ihrem klaren Bestreben, den gesamten Bildungssektor ihren reaktionären Interessen zu unterwerfen, steht vielfach die Desorganisiertheit und unklare Perspektive der demokratischen Kräfte in Sachen "Studienreform" gegenüber.

In dieser Situation wendet sich der VDS, der Dachverband der westdeutschen Studentenschaften mit dieser "Plattform für eine demokratische Studienreform" an alle, denen es ernst ist mit einer demokratischen Hochschulreform, denen es ernst ist mit dem

Kampf um die Veränderung der Hochschulen zugunsten der großen Mehrheit der dort Lernenden, zugunsten der Schüler, zugunsten der arbeitenden Bevölkerung. Insbesondere wendet sich diese Plattform an die ASten und Fachschaften, an alle Studenten, die eine Verbesserung der Ausbildungssituation herbeiführen wollen.

Diese Plattform will Anleitung zur Entwicklung des Kampfes um eine demokratische Studienreform sein. Diese Funktion wird sie nur skizzenhaft erfüllen können. Fertige Rezepte wird man von diesem Papier nicht erwarten können. Denn die eigentliche Aufgabe, die theoretische und praktische Entfaltung einer demokratischen Studienreform, wird im täglichen Kampf, wird an jedem Fachbereich, an jedem Institut und Seminar, wird in jeder Fachschaft, in jedem Bündnis mit Gewerkschaften zu leisten sein.

Die Plattform knüpft an die Erfahrungen der ASten und Fachschaften in ihrem Kampf um eine demokratische Studienreform an. Sie stellt eine Zusammenfassung und eine konstruktive Weiterentwicklung erarbeiteter Positionen zur Studienreform im VDS dar, insbesondere der Anträge zur Studienreform auf den VDS-MV's der letzten Jahre, der 6 PUNKTE DES VDS FÜR EIN DEMOKRATISCHES HOCHSCHULGESETZ und der Papiere und Diskussionen der VDS-Fachkonferenzen und Projektbereiche.

Zum Aufbau der Plattform folgendes:

Im nächsten Abschnitt wird die herrschende Studienformierung in ihren allgemeinen Tendenzen und konkreten Entwicklungen umrissen,

Der 3. Abschnitt, der zentrale Abschnitt der Plattform, entwickelt das Ausbildungsziel "Qualifizierung zu einer demokratischen Berufspraxis" als Kampfziel der demokratischen Studienreform. Die Kampfprinzipien, die unabdingbar für eine demokratische Studienreform sind, werden im 2. Teil dieses Abschnitts dargelegt: Offensiver Kampf gegen die Studienformierung; Verbindung von aktivem Lernen mit dem Massenkampf an der Basis; Verbindung von fachlicher und politischer Qualifizierung, von Hochschulkampf und demokratischer Berufspraxis, von Ausbildungsprozeß und Ausbildungskampf; Entwicklung der eigenen organisierten Stärke durch die demokratische Studienreform; Erringung von Kampfpositionen für eine demokratische Studienreform.

Im 4. Abschnitt werden wesentliche Kampfpositionen und Kampfziele einer demokratischen Studienreform erläutert: Projektstudium, demokratische Studieninhalte, Einheitlichkeit des Studiums, Demokratisierung der Prüfungen.

Der 5. Abschnitt schließlich enthält in zusammenfassender Weise die zentralen Forderungen und aktuellen Kampfaufgaben für eine demokratische Studienreform.

STUDIERT UND DISKUTIERT DIE " VDS-PLATTFORM FÜR EINE DEMOKRATISCHE STUDIENREFORM" IN JEDER FACHSCHAFT! NUTZT DIE VDS-PLATTFORM ZUR ENTFALTUNG DES MASSENKAMPFES AN JEDER HOCHSCHULE, IN JEDEM FACHBEREICH!

2. Tendenzen der Formierung und Reglementierung des Studiums

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt entspringt unter den kapitalistischen Verhältnissen der BRD nicht einer gesamtgesellschaftlich rationalen, planvollen Entwicklung der Produktivkräfte, sondern dem Zwang zur Sicherung und Erweiterung der Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals unter verschärften - und sich weiter verschärfenden - nationalen und internationalen Konkurrenzbedingungen sowohl innerhalb des westdeutschen Kapitals und seinen kapitalistischen "Handelspartnern" als auch im Zuge der Systemkonkurrenz mit den sozialistischen Ländern. Gleichermaßen wie die Kapitalverwertung die Produktivkräfte auf einen weiter technisierten und verwissenschaftlichten Stand treibt, so treibt dieser Fortschritt der Produktivkräfte das Kapital in wachsende Verwertungsschwierigkeiten.

Hochgradige Monopolisierung und Konzentration, zunehmende Regulierungsfunktionen des Staates, Verschärfung des Widerspruchs von langfristig für die Monopole wichtigen Infrastrukturinvestitionen und kurzfristiger Schmälerung von Profiten, Überproduktions-, Struktur- und Währungskrisen sind zu verzeichnen.

Der Wissenschaftssektor bleibt hiervon nicht unbeeinflusst.

Denn die Rolle der Wissenschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten entscheidend gewandelt. Während in der Frühphase der kapitalistischen Entwicklung die Wissenschaft der Produktion mehr oder weniger zufällig zu verwertende Ergebnisse lieferte, erfüllt Wissenschaft heute umfassende Zuträgerfunktionen für den gesamten Produktions- und Reproduktionsprozess, wird dieser immer abhängiger von der möglichst schnellen Entwicklung und Verwertung neuer Erkenntnisse der Wissenschaft vor allem in den naturwissenschaftlich-technischen Bereichen. Die Ingriffnahme der Wissenschaft durch die Monopole und ihren Staat wird für diese zur entscheidenden Frage weiterer Profitsicherung.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen bewirkt die verstärkte Einbeziehung der Wissenschaft in die Entwicklung und den Einsatz der Produktionsmittel, in die Arbeits- und Produktionsorganisation und - Planung, in die Absatzregulierung usw. einschneidende quantitative und qualitative Veränderungen der Struktur aller Arbeitsbereiche. Das schlägt sich in den Veränderungen der Struktur wissenschaftlicher Tätigkeit nieder:

1. ist generell eine Zunahme theoretisch qualifizierter Funktionen im gesellschaftlichen Arbeitsprozess zu konstatieren. Tätigkeitsbereiche, für die bislang eine praktische Ausbildung ausreichte, erfordern in zunehmendem Maße infolge organisatorischer und technischer Umwälzungen eine theoretische Ausbildung.

2. ist generell eine Verlagerung dieser theoretisch qualifizierten Funktionen von den traditionell-geisteswissenschaftlichen zu den naturwissenschaftlich-technischen und sozial-technischen zu verzeichnen.

3. Diese Verlagerung geht einher mit einer zunehmenden Arbeitsteilung und verschärfter Spezialisierung, die im großen Rahmen die Polarisierung qualifizierter Arbeitskräfte in ein großes Heer von "Rezepteanwendern" und eine kleine Elite von "Rezeptemachern" bedingt.

4. bewirkt die rapide Entwicklung neuer Erkenntnisse, der forcierte Einsatz neuer Technologien usw. eine schnellere Umwälzung der Anforderungsstrukturen mit entsprechenden Auswirkungen auf die Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte. Mobilität und Flexibilität der Arbeitskräfte werden für ihre langfristige Einsetzbarkeit notwendig.

Die veränderte Rolle der Wissenschaft im Produktions- und Reproduktionsprozeß der Gesellschaft bewirkt die quantitative Expansion und die qualitative Umstrukturierung des Bedarfs an technisch und wissenschaftlich qualifizierten Arbeitskräften. Ausbau der Kapazitäten des Hochschulwesens, Einführung von Planungsverfahren in der Hochschulentwicklung, Neuordnung der Studiengänge und Neubestimmung der Studienziele und -inhalte (Studienreform) werden zu einer gesellschaftlichen Notwendigkeit. Der

Bildungsbericht '70 der Bundesregierung versuchte dies zu formulieren: "Die Hochschule der Zukunft muß durch eine Studienreform umgestaltet werden, die den Entwicklungen von Wissenschaft und Gesellschaft inhaltlich und didaktisch Rechnung trägt. Sie muß zu einer integrierten Gesamthochschule ausgebaut werden. Ihre Kapazität wird in den nächsten zehn Jahren auf mehr als das Doppelte erweitert werden müssen. Hierarchische Strukturen und Organisationsformen sind abzubauen. Die Autonomie der Hochschule ist zu stärken". (S. 10). Und im "Zwischenbericht" der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung vom Oktober 1971 ist im besonderen Abschnitt "Studienreform" ausgeführt: "Neubestimmung und ständige Überprüfung der Studienziele unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen Entwicklung des Fachs und konkreter wissenschaftsbezogener Tätigkeitsfelder als Kernstück der Hochschulreform. Auf dieser Grundlage sind die Studiengänge inhaltlich und organisatorisch neu zu ordnen. Hierbei ist von der Notwendigkeit eines permanenten Lernprozesses auszugehen." (II B/12).

Doch diese Programmatik gerät in Widerspruch zu den politisch-ökonomischen Bedingungen ihrer Realisierung. Eine Ausweitung wissenschaftlich qualifizierender Ausbildungsgänge auf einen größeren Teil der Auszubildenden und damit die Ausdehnung der Ausbildungszeiten bedeutet zugleich eine Ausweitung der Ausbildungskosten gesellschaftlicher Arbeitskraft und einen Entzug von potentieller Arbeitskraft aus dem gesellschaftlichen Arbeitsprozeß. Beides läuft dem Verwertungsdrang des Kapitals, den dominierenden Rentabilitätsgesichtspunkten eines kurzfristigen Arbeitskräfteeinsatzes zuwider. Kurz- und langfristige Interessen des Monopolkapitals klaffen auseinander. Schwierigkeiten zur Optimierung der Hochschulausbildung gemäß langfristig sich abzeichnenden Qualifikationsanforderungen der Großkonzerne und des Staates erwachsen ebenfalls aus der alles andere als planvollen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft. Solcherart "Planungsanarchie" und restriktive Ausbildungsökonomie bewegen sich im Felde politischer Auseinandersetzungen, so daß die realen Maßnahmen des Staates im Interesse des organisierten Großkapitals stets auch das Ergebnis gesellschaftlicher Kräftebewegungen sind. Die frühen Pläne und Maßnahmen der beginnenden Hochschulreform (Entwürfe eines Hochschulrahmengesetzes, eines Studienreformierungsinstrumentariums, eines Staatsvertrags fürs Fernstudium; Einrichtung von Instituten zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, zur Bildungstechnologie; u.a.) sind als Versuch zu kennzeichnen, die oben formulierte Programmatik einer Studienreform zu verbinden mit ökonomischen Straffungs- und politischen Eindämmungsmaßnahmen. So war -in den 70/71er Plänen- die inhaltliche Neuorientierung des Studiums, die Curriculumreform, eingebettet in Regelstudienzeiten und Kurzstudiengänge (etwa im HRG-Entwurf); die Kompetenz zur Studienreform wurde mehr oder minder eindeutig bei staatlichen Instanzen angesiedelt (so im KMK-Instrumentarium); usw.

Folgende allgemeine Tendenzen der herrschenden Studienreform bilden sich heraus -Tendenzen, die von den Interessen des Großkapitals diktiert werden:

- Studiengänge, Studieninhalte und-ziele, Leistungskontrollen usw. werden zunehmend vom Staat zentral reguliert. Bund und Länder betreiben eine Planung, Lenkung und formale Vereinheitlichung der Hochschulausbildung. Die Planung von Studienkapazitäten folgt politisch gesetzten Daten gemäß den Prioritäten der Großkonzerne, mit dem Ergebnis des Numerus Clausus in gesellschaftlich wichtigen Fächern. Es wird ein staatliches Studienreforminstrumentarium etabliert, das die Selbstverwaltungsrechte der Hochschulen vollends einschnürt.

- 1 - Die Studiengänge werden -bei Vereinheitlichung nach formalen Ge-  
sichtspunkten, etwa bei den Abschlußgraden- mehr und mehr  
zersplittert hinsichtlich Studiendauer, beruflichen Anwendungs-  
5 feldern, Studienschwerpunkten usw. Die Studieninhalte unterliegen  
einer sich zuspitzenden Spezialisierung auf enge Wissenschaftsge-  
biete und Tätigkeitsfelder. Durchgängig ist die Hierarchisierung  
des Studiums, d.h. die Splitterung der Studiengänge in "anwendungs-  
orientierte" Kurzstudiengänge und "forschungsorientierte" Lang-  
10 studiengänge, verbunden mit der Spaltung der Studenten in das  
große Heer der "Heloten" und das kleine Häuflein der "Elite". Zu  
dieser Hierarchisierung gehört auch die Ausprägung eines Systems  
ständiger Auslese.
- Der Studienbetrieb wird ökonomisiert nach den Kriterien kapitali-  
stischer Leistungseffizienz, d.h. nach dem Gesichtspunkt effizienter  
15 Vermittlung verwertbarer Qualifikationen. Hierbei disfunktionaler  
Lehrstoff wird aus den Studiengängen eliminiert, der Lernprozeß  
wird gestrafft, die Lehrbelastungen der Hochschullehrer werden  
hochgeschraubt. Rigidé und permanente Kontrollen -sprich: Prüfungen -  
sollen die Effizienz sichern.
- Der Einsatz technischer Medien erfolgt gemäß diesen Ökonomisierungs-  
20 konzept im größeren Maßstab nur dort, wo eine Einsparung und  
Effizienzsteigerung der "investierten" Mittel abzusehen sind.
- Die Studieninhalte werden mehr und mehr auf "pragmatische"  
25 Anforderungen abgestellt; Fragestellungen, Lerngebiete usw.  
konzentrieren sich auf kurzfristige Anwendungssituationen.  
Mit dieser positivistischen Segmentierung und Verkürzung der  
Inhalte geht die Verschulung des Wissenschaftsbetriebes, die  
30 Trennung von Forschung und Lehre vornehmlich in Form der Aus-  
lagerung der Forschung aus den öffentlichen Hochschulen ein-  
her. Die Inhalte werden zunehmend formalisiert und standardi-  
siert, so etwa mit der Mathematisierung der Sozialwissenschaf-  
ten, oder mit der zentralen Verfügung von Lernzielkatalogen und  
Lernsequenzen (z.B. Medizin-Approbationsordnung).
- Diese Formalisierung hat nichts mit einer ideologischen Neutralisierung  
35 der Wissenschaft zu tun, im Gegenteil. Sowohl durch offen reaktionäre  
Ideologie ("Wiedergewinnung des Erzieherischen", H.Maier) als auch durch  
die verschleiende Ideologie der Wertfreiheit ("der Nicht-Ideologie") der  
bürgerlichen Wissenschaft versuchen die Herrschenden, Loyalitätsverlusten  
40 bei den Auszubildenden zu begegnen. Kritische, besonders marxistische Lehr-  
inhalte werden aufs schärfste von den herrschenden Kräften bekämpft und  
diskriminiert.
- Mit einem ganzen Katalog von Maßnahmen zur politischen Disziplinierung  
45 werden demokratisch engagierte Studenten und Wissenschaftler bekämpft.  
Angefangen von dem Verbot der Plakatierung, der Versammlung in Universitäts-  
räumen, der Berufungsverhinderung geht die politische Disziplinierung  
bis zur Zerschlagung der studentischen Interessenvertretungen und den  
Berufsverboten.

Die hier aufgeführten Tendenzen der herrschenden Studienreform sind  
Tendenzen eines widersprüchlichen Formierungsprozesses. Auf ökonomi-  
50 scher, politischer und ideologischer Ebene verstrickt sich das  
Formierungswerk in immer größere Schwierigkeiten. Strukturell organi-  
satorische Reglementierungen werden ohne Koordination mit curricu-  
laren Maßnahmen getroffen, Strukturveränderungen gehen der "inhalt-  
lichen Neuordnung" beziehungslos voraus. Selbst die bundesweite  
55 Vereinheitlichung und Zentralisierung klappt nicht, Studienreform-  
konzepte einzelner Länder klaffen auseinander. Kultusministerielle  
Studienplanungen werden der "Konjunkturanpassung" geopfert oder

1 von der schleichenden Inflation weggespült. Straffung des Studiums, 1 1  
 Verkürzung der Studieninhalte: Hierfür sind Anforderungen von beruflichen Tätigkeitsfeldern konkret nicht abzusehen. Und vor allem  
 5 eins: Die Reglementierungspläne und -maßnahmen des Staates haben  
 die politische Loyalität der Betroffenen, vor allem der Studenten, 5  
 nicht sichern können, sie haben den um demokratische Forderungen  
 geführten Hochschulkampf nicht eindämmen können. Dergestalt, im  
 Auseinanderklaffen einzelner Entwicklungen, präsentiert sich das  
 Formierungswerk als Stückwerk.

10 Das Ausbleiben der mit "Studienreform als Kernstück der Hochschulreform" großangekündigten bildungspolitischen Modernisierungs-  
 offensive des Staates und der Monopole heißt nun nicht, daß hier  
 Freiräume in der Hochschulreform entstanden sind, die der Ausfüllung  
 15 mit fortschrittlichen Konzepten harren würden. Studienformierung ist  
 stets auch Sicherung des staatsmonopolistischen Verwertungs- und Herr-  
 schaftssystems, ist stets auch Sicherung der Vormacht-  
 positionen der bürgerlichen Wissenschaft. Die Studienreglemen-  
 20 tierungspolitik der Herrschenden umfaßt stets organisatorisch-  
 strukturelle, materielle, politisch-absichernde Herrschafts-  
 sicherungsmaßnahmen. Angesichts der skizzierten Widersprüche und  
 Schwierigkeiten treten die restriktiven Tendenzen in der Studien-  
 formierung immer offener hervor. Die Studienformierung ist geradezu  
 25 der Verzicht auf curriculare Neuorientierung. Statt "Bildungs-  
 politik aus einem Guß", wie sie der Bundesverband der deutschen  
 Industrie (BDI) 1970 gefordert hat, wird eine Sammlung restriktiver  
 Konzepte in Angriff genommen. Es ist die Sammlung einer Politik  
 des Bildungsnotstands, der materiellen Misere und politischen  
 Regression.

30 "Studienreform" der Herrschenden konzentriert sich mehr oder minder auf drei  
 unterschiedliche Bereiche, die jeweils ökonomische, politische und ideolo-  
 gische Zielsetzungen mit differenzierender Gewichtung beinhalten:

1) "Studienreform" als Kapazitätspolitik

35 Im "Prioritätenkatalog" der Bund-Länder-Kommission für Bildungs-  
 planung vom 6.7.72 wird die rein quantitativ-restriktive Ausrich-  
 tung von Planungsmaßnahmen an den Vorhaben zur "Studienreform"  
 besonders deutlich. Von einer "Neuordnung des Studiums", von der  
 Studienreform als "Kernstück der Hochschulreform" ist nicht mehr  
 40 die Rede. Stattdessen wird die Palette der "Einhaltung von Regel-  
 studienzeiten", "Einrichtung praxisnaher kürzerer Studiengänge",  
 "Einführung des Studienjahrs" und das "Erlöschen der Immatriku-  
 lation" bei Überschreiten der Regelzeit gesprochen. Das Spektrum  
 der "Innovationen" im Hochschulbereich wird auf den Aspekt der  
 45 quantitativen Rationalisierung und Formalisierung beschränkt. Bil-  
 dungstechnologie beispielsweise soll nicht zur Eröffnung neuer  
 hochschuldidaktischer Möglichkeiten und Lerngebiete eingesetzt  
 werden, sondern rigide für die Straffung des Studiums funktiona-  
 50 lisiert werden: "Eine breitere Verwendung moderner Lehrmittel,  
 wie z.B. audio-visueller Techniken, sowie der Ausbau von Fern-  
 studienmöglichkeiten dürften zur Verringerung der Verweilzeiten  
 dienen."

In Bezug auf Studienzugang und Studienlenkung gehört die Auswei-  
 55 tung des Numerus clausus ebenfalls zur herrschenden "Studienreform".  
 Hervorzuheben ist hier der NC-Staatsvertrag der Länder-Minister-  
 präsidenten vom 20.10.72. Nach diesem Staatsvertrag wird ein

1 trales Instrumentarium des Staates geschaffen, das in kurzer Zeit 1 1  
 die Kontrolle über die Vergabe sämtlicher Studienplätze durch Ein-  
 beziehung aller Studiengänge in das zentrale Auswahl- und Registrier-  
 verfahren ausüben soll. Soziale Auslese unter den Studienbewerbern, 5  
 5 Mängel an gesellschaftlich wichtigen Studienplätzen -für Ärzte  
 und Lehrer- werden hierdurch zementiert.

In der Vorlage des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft  
 für den Hochschulbauplanungsausschuß vom 15.9.1972, dem sog. 10  
 10 "Dohnanyi-Reformkalender", wird der Versuch unternommen, die  
 verschiedenen Pläne zur Verwaltung der materiellen Hochschulmisere  
 auf einen Nenner zu bringen und in einen zeitlichen Rahmen ein-  
 zuordnen:

15 Bis 1974 soll eine Koordinierung der Raum- und Kapazitätsplanung  
 15 aufgebaut werden. Ebenfalls bis 1974 sollen Tätigkeitsfelder für  
 dreijährige Studiengänge "erkundschaftet" sein. Ab 1974 soll eine  
 Reglementierung des Lehrangebots gemäß verordneten Lehrplänen  
 erfolgen. Im Jahre 1976 erfolgt die generelle Einführung des  
 20 Studienjahres; ab 1977/78 soll die Regelstudienzeit eingehalten  
 20 werden, und bis 1980 soll ein "System gestufter Abschlüsse" ge-  
 schaffen werden.

Im Dohnanyi-Kalender wird die Studienreform im Sinne der Verwal-  
 tung der materiellen Hochschulmisere primär als Kapazitätsproblem  
 gesehen. Zunächst geht es Dohnanyi darum, daß "die Studien- und  
 25 Prüfungsordnungen von weniger wichtigen Wissensstoffen und Pflicht- 25  
 lehrveranstaltungen entlastet und ... auch Studiengänge und  
 Studienabschlüsse geschaffen werden, mit denen in kürzerer Zeit  
 als im bisherigen Studium an wissenschaftlichen Hochschulen  
 berufsqualifizierende Abschlüsse erworben werden können." Über-  
 30 flüssigerweise heißt es dann: "Studienreform ist damit auch 30  
 Kapazitätspolitik für die Hochschulen." In bekannter HRG-Manier  
 wird eine a-priori-Festlegung von Studienzeiten gefordert. In  
 Perversion jeder vernünftigen Curriculumentwicklung wird dann  
 gefordert, daß "Lehrangebot und Studienorganisation der Fachbereiche  
 35 und Prüfungsverfahren ... so gestaltet werden, daß die Studenten 35  
 die Regelstudienzeit einhalten können." Die ganze Anarchie der  
 Studienformierung wird zudem darin deutlich, daß die breite Ein-  
 führung von Kurzstudiengängen nicht einer absehbaren Entwicklung  
 der Arbeitsplatzstruktur folgt, sondern allein der Einsparung  
 40 von Kosten und Kapazitäten dienen soll. Statt mit den Anforderungen 40  
 absehbarer Tätigkeitsfelder entsprechende Kurzstudiengänge zu  
 begründen, fordert Dohnanyi für seine Kurzstudiengänge die  
 Schaffung entsprechender Tätigkeitsfelder! "Hier sind die späteren  
 Arbeitgeber -Staat und freie Berufswelt- in besonderem Maße ver-  
 45 pflichtet, präzise Vorstellungen zu formulieren." 45

Als Instrument der inhaltlichen Studienformierung sollen "ver-  
 bindliche Regelungen für die Lehrverpflichtungen getroffen  
 werden." Es soll dabei sichergestellt werden, "daß von den  
 Hochschulen die nach den Studienordnungen erforderlichen Lehrstoffe  
 50 in ein konkretes und die Hochschullehrer verpflichtendes Lehran- 50  
 gebot umgesetzt werden." Wer nun gemeint hat, daß neben dem ver-  
 pflichtenden Lehrangebot noch Raum gelassen wird für eine kri-  
 tische wissenschaftliche Betätigung, der wird eines besseren be-  
 lehrt: Für Fächer mit absolutem Numerus clausus heißt es: "Auf  
 das Lehrdeputat der Hochschullehrer (werden) nur die Lehrveranstal-  
 55 tungen angerechnet..., die zum erforderlichen Lehrangebot gehören." 55

1 Diese Einvernahme des Lehrdeputats der Hochschullehrer durch 1 1  
das normierte Lehrprogramm wird sich nun nicht auf wenige Fächer  
beschränken, im gleichen Maße wie sich der Numerus clausus nicht  
auf wenige Fächer beschränken wird. Auch hier wird mit materiel- 5  
len Sanktionen gearbeitet: Im Dritten Rahmenplan für den Hoch-  
schulbau soll bei der Aufstellung oder Anwendung von Personal-  
richtwerten oder bei Berechnung von Personalkapazitäten von der  
Erfüllung der "verbindlichen Regelungen für die Lehrverpflichtungen"  
ausgegangen werden. Dohnanyi versucht, die Hochschulbauplanung für 10  
die Durchsetzung restriktiver Formierungsmaßnahmen insgesamt nutz-  
bar zu machen. Über den Geldhahn sollen die Hochschulen gezwungen  
werden, das Formierungsprogramm des Staates durchzusetzen:  
"Bevor neue Bauten errichtet werden, müssen unter anderem die je- 15  
weiligen Möglichkeiten der Studienreform und der besseren Nutzung  
der vorhandenen Kapazitäten ausgeschöpft sein."

## 2. "Studienreform" als ideologische Reaktion und politische Repression

Bereits die kapazitätspolitischen Vorstellungen des BMW zeigen 20  
die enge Verflechtung von materieller Misere und politischer Dis-  
ziplinierung in der herrschenden "Studienreform". Sanktionen werden  
offen als Regulierungsmittel propagiert.  
Ein direkter Eingriff des Staates in das Lehr- und Studienge-  
schehen stellt der Berufsverbots-Erlass der Ministerpräsidenten 25  
vom 28.1.1972 dar. Die Herrschenden setzen alles daran, ihre  
reaktionäre Ideologie, ihre Bedürfnisse nach reibungsloser,  
kurzfristiger Verwertbarkeit erworbenen Wissens in den Ausbil-  
dungsgängen durchzusetzen und abzusichern. Wer sich kritiklos ein-  
fügt in den herrschenden Betrieb der bürgerlichen Wissenschaft 30  
, kann sicher sein, einen hochdotier-  
ten und gut ausgestatteten Hochschullehrerposten zu bekommen.  
Wer dagegen von den Wissenschaftlern Ansätze demokratischen Engage-  
ments zeigt, wird diskriminiert; wer entschieden für Demokratie 35  
und sozialen Fortschritt eintritt, wird von den Herrschenden er-  
bittert verfolgt und existentiell bedroht. Damit werden nicht nur  
die unmittelbar Betroffenen erheblichen Benachteiligungen ausge-  
setzt, auch die Interessender Auszubildenden stehen auf dem Spiel.  
Duckmäuser- und Fachidiotentum sollen über die Ausblendung demo-  
kratischer Studieninhalte aus der Ausbildung befestigt werden. 40  
Als ein weiteres konkretes Beispiel einer solchen Politik ist  
hier der Entwurf einer Examensordnung für Lehramtskandidaten  
des Westberliner Schulsenators, der sog. Löffler-Plan, zu nennen.  
Hinter den Bestimmungen über die drastische Einschränkung des Rechts  
der Prüfungskandidaten, ihre Prüfer selbst zu wählen, und über 45  
die Möglichkeit, die Prüfungsbefugnis bestimmten Hochschullehrern  
nicht zu erteilen, tritt der Versuch unverhohlen hervor, demo-  
kratische Wissenschaftler zu diskriminieren und die Studenten  
-in diesem Fall die Lehramtskandidaten- an reaktionäre Lehrinhalte  
zu binden und alternative Inhalte abzuwürgen. 50

In diese Sparte gehört auch die Einrichtung von Bundeswehrhoch-  
schulen. Mit ihnen versucht die Bundesregierung, demokratisch  
nicht kontrollierte, reaktionäre Durchschleusestationen für  
akademische Berufe zu schaffen. Von der spezifisch militaristischen 55  
Ideologie abgesehen, verfolgen denselben Zweck die vielerorts projektierte

1 Privatuniversitäten. Aus Sitzungsunterlagen eines Stuttgarter 1 1  
 CDU-Gesprächskreises vom Juli 1972 geht hervor, daß neue Wege  
 eingeschlagen werden müssen: Die "ideologische Behinderung von  
 Lehre und Forschung an unseren Hochschulen" habe ein erschreckendes  
 5 Ausmaß angenommen. "Auf viele Jahre hinaus werden unsere Hoch- 5  
 schulen mit den Massenproblemen zu tun haben. Massenverhält-  
 nisse aber senken das Niveau der Ausbildung. Die Minderung der  
 Qualität kommender Führungskräfte beginnt heute schon für die  
 10 Wirtschaft problematisch zu werden." Es müßten "Persönlichkei- 10  
 ten herangebildet werden, die ein Gegengewicht zu den radikalen  
 linken Kadern bilden... Aus alledem ergibt sich, daß private  
 Hochschulen errichtet werden müssen. Deren Aufgabe kann es nicht  
 sein, zur Linderung des Massenproblems an den Hochschulen bei-  
 zutragen. Sie haben vielmehr eine dünne Schicht von bestausgebil-  
 15 deten Führungspersönlichkeiten für wichtige Positionen in der Ge- 15  
 sellschaft vorzubereiten. Vor allem an drei Bereiche ist zu  
 denken: an die Bereitstellung a) von ganzheitlich erzogenen  
 Führungspersönlichkeiten für die Wirtschaft, b) von Medienfach-  
 20 leuten, die einen eigenen Ausbildungsgang durchliefen und c) 20  
 von Lehrern, die in der Lage sind, der Ideologisierung an den  
 Schulen entgegenzuwirken."

### 3. "Studienreform" als administrative Absicherung reaktionärer Interessen

25 Zur Herausprägung der Tendenzen rein administrativer Absicherung re- 25  
 aktionärer Interessen an den Hochschulen gehören zum einen Maßnahmen,  
 die einen rigiden formalen Rahmen des Studiums vorschreiben, zum  
 anderen solche, die die Aufsichts- und Eingriffsrechte des Staates in  
 den Lehr- und Studienbetrieb drastisch erweitern, die die Fachaufsicht des  
 30 Staates in der Studienreform etablieren. 30

Zu den erstgenannten sind die "Allgemeinen Grundsätze für  
Prüfungsordnungen" der Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion  
 35 vom 30.10.72 zu zählen. Sie sehen rigide Vorschriften über Regel- 35  
 studienzeiten, Gliederung des Studiums in in sich abgeschlossene  
 Teilstücke mit auslesenden Zwischenprüfungen vor. Den Hoch-  
 schulen wird zur Auflage gemacht, Studienpläne vorzulegen, die  
 nach Zielsetzung und Inhalt mit bundeseinheitlichen Rahmenprü-  
 40 fungsordnungen der KMK konform gehen müssen. In gleiche Rich- 40  
 tung geht ein Erlaß des bayrischen Kultusministeriums vom Herbst  
 1972, der den Hochschulen vorschreibt, innerhalb Jahresfrist  
 Studienordnungen herauszugeben, die den kultusministeriellen  
 Prüfungsordnungen entsprechen. Andernfalls -so der Maier-Erlaß-  
 45 müsse die Genehmigung neuer Planstellen im Bereich der Lehre 45  
 versagt werden!

Voll in das Konzept der administrativen Absicherung der Interessen  
 des Großkapitals und seiner politischen Agenturen fügt sich der  
 50 CSU-Entwurf eines Bayrischen Hochschulgesetzes vom September 50  
 1972 ein. Vorschriften über Kurzstudium, Regelstudienzeit, Aus-  
 lese-Zwischenprüfungen, Studienjahr usw. sind dort fest veran-  
 kert. Für die Studienreform selbst werden Studienreform-Kommissionen  
 vorgesehen. Diese sollen das "Zusammenwirken der Hochschulen mit  
 dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus" organisieren.  
 55 Wie dieses "Zusammenwirken" aussieht, ergibt sich aus der Vor- 55

11

schrift, daß die Kommissionen vom Staatsministerium gebildet werden. Die Mitglieder -halbstaatliche Stellen, halb Hochschulen- werden vom Kultusminister berufen. Die Hochschulen haben lediglich ein Vorschlagsrecht, kein Entsendungsrecht. Über diese Kommissionen wird die Fachaufsicht des Staates in Sachen Studienreform etabliert. Bezüglich ihrer Kompetenzen heißt es: "Die Studienreformkommissionen haben den Auftrag, Empfehlungen für Studienordnungen und Hochschulprüfungsordnungen zu erarbeiten. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus kann die Änderung solcher Studienordnungen und Hochschulprüfungsordnungen verlangen, die den Empfehlungen der Studienreformkommission nicht entsprechen; anstatt einer Änderung kann es auch verlangen, daß eine den Empfehlungen entsprechende Studienordnung und Prüfungsordnung erlassen wird."

Soweit der CSU-Entwurf.

Diese Tendenzen zur Etablierung der Fachaufsicht des Staates über entsprechende Kommissionen sind nicht auf Bayern beschränkt. Im Rahmen der KMK sind im Herbst 1972 die Arbeiten an einem Studienreform-Instrumentarium wieder aufgenommen worden, das nach bayrischem Muster den Hochschulen allenfalls Zuträgerfunktionen zubilligt, alle wesentlichen Kompetenzen und Kontrollrechte jedoch bei der Kultusbürokratie ansiedelt. Ähnliches geschieht mit den seitens der KMK projektierten Hochschuldidaktik-Zentren, die als Fachzentren außerhalb der Hochschulen unter personeller Kontrolle und Weisungsbefugnis der Kultusministerien der Länder errichtet werden sollen.

Aus dem bisherigen wird deutlich, daß der staatliche Formierungsprozeß den politischen und Qualifikationsinteressen der Masse der Studenten völlig zuwiderläuft. Viele der Reglementierungsmaßnahmen sind nur zu verstehen als Reaktion auf den zunehmenden politischen Widerstand der Studenten gegen die Ausbildungsmisere. Je weniger die Studenten bereit sind, die Verschlechterung der Ausbildungsmisere kampflos hinzunehmen, umso verbissener reagieren Kultusbürokratie, CDU/CSU und SPD-Führung mit politischer Disziplinierung, mit Mobilisierung der Reaktion und politischen Ablenkungsmanövern. Doch nicht nur die Studenten sind betroffen, auch nicht allein die Hochschulangehörigen. Ärzte- und Lehrermangel und unzulänglich qualifizierte Ärzte und Lehrer treffen besonders die lohnabhängig Arbeitenden; fachborniert ausgebildete Ingenieure lassen sich am ehesten gegen den gewerkschaftlichen Kampf der Industriearbeiter mißbrauchen.

Die arbeitende Bevölkerung hat ein elementares Interesse an einer Wissenschaft, die sich in ihren Dienst stellt, die sich nicht länger für Profit- und Herrschaftsinteressen korrumpieren läßt. Dabei stößt der Kampf der Studenten und fortschrittlichen Wissenschaftler, stößt das wachsende Eintreten der Gewerkschaften für eine demokratische Hochschulreform und gegen die Hochschulformierung nicht auf eine Granitwand. Denn die Reglementierung des Studiums läuft nicht monolithisch ab. In ihrem sprunghaften Verlauf brechen ständig neue Widersprüche auf - Widersprüche, die wichtige Ansatzpunkte für die Stärkung und das Vorantreiben demokratischer hochschulpolitischer Veränderungen bilden. Wo die Herrschenden nicht umhin können, den Erfordernissen der Produktivkraftentwicklung Rechnung zu tragen - in der Expansion wissenschaftsbezogener Ausbildungsgänge, in der stärkeren Praxisorientierung des Studiums, in den Tendenzen zur Vereinheitlichung - gilt es anzuknüpfen und die objektiv fortschrittlichen Entwicklungsmomente weiterzutreiben, ihre bornierte Funktionalisierung für das staatsmonopolistische System zu überwinden.

Der wachsende Widerstand der Hochschulen gegen die staatliche Formierung von Bildung und Wissenschaft im Interesse der Großkonzerne wirft für die Kultusbürokratie erhebliche Probleme in der Durch-

1 setzung ihrer Konzeptionen auf, gefährdet den Erfolg der Reaktion.  
Die Absicherungsmaßnahmen hierauf - von Fachaufsichtsbestrebungen bis  
5 hin zur engen Zusammenarbeit von Kultusbürokratie und BuF/RCDS -  
zeigen, welche wichtige Rolle die Hochschulen in der Entwicklung,  
vor allem aber in der Umsetzung von Studienkonzepten einnehmen.  
Der (unmittelbare) Hochschulkampf, und damit die Stärke der demo-  
10 kratischen Bewegung an den Hochschulen, ist für das Gelingen oder  
Mißlingen der Formierungspolitik alles andere als gleichgültig.

### 3. Prinzipien einer demokratischen Studienreform

#### 3.1 Die Ausbildungsinteressen der Masse der Studenten - demokratische Berufspraxis als zentrales Ausbildungsziel

Aus der Darstellung der Studienformierungs- und Reglementierungstendenzen geht hervor: Die Maßnahmen der Herrschenden in puncto "Studienreform" - und nicht nur dort - bedrohen die elementarsten Studieninteressen der breiten Mehrheit der Studenten, sie sind ein zentraler Angriff auf jede vernünftige Studienkonzeption. Für den größten Teil der Studenten stellt das Studium eine eng spezialisierte Ausbildung für die spätere Berufstätigkeit dar. Anstelle der notwendigen Vermittlung breiter wissenschaftlicher Grundlagenqualifikation werden die Studenten zu einer frühen Spezialisierung in isolierten Fachdisziplinen gezwungen. Ein verschulter, reglementierter Studiengang verhindert, daß sich die Studenten für die Vertretung ihrer eigenen Belange qualifizieren. Fragen ihrer Funktion und Stellung in der Gesellschaft werden aus dem Studienbetrieb herausgehalten. Die Studenten erwarten eine Berufsausbildung, die sie befähigt, den wachsenden Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung gerecht zu werden, und die sie in die Lage versetzt, ihre eigenen Interessen und die ihrer Kollegen zu vertreten. Statt dessen erhalten sie eine Ausbildung, die darauf abzielt, sie reibungslos und kurzfristig gewinnbringend in den Arbeitsprozeß einzuordnen. Um dies zu beschleunigen und obendrein die Kosten zu senken, werden Kurzstudiengänge, Studienjahr und Regelstudienzeit verordnet. In ihrem Kampf für eine wissenschaftliche Qualifikation und für ausreichende materielle Absicherung des Studiums erfahren die Studenten den hartnäckigen Widerstand einer im Monopolinteresse agierenden Staatsbürokratie, erfahren sie, daß ihre unmittelbaren und ausbildungsbezogenen materiellen Interessen politische Fronten aufwerfen und deshalb politisch gegen die organisierte Macht des Großkapitals durchgesetzt werden müssen.

Deshalb verbinden sie den materiellen Interessenkampf mit dem Kampf um Mitbestimmung, mit dem Kampf um demokratische Studieninhalte.

Deshalb stellt sich die Frage nach der eigenen Berufsperspektive für immer größere Teile der Studentenschaft nicht als bloße Frage nach herrschenden, "angepaßten" Anforderungen des anvisierten Berufs, sondern als Frage nach einer umfassenden Qualifikation und deren politischen Implikationen und Möglichkeiten eines demokratischen Engagements.

In ihren Kämpfen haben die Studenten die Erfahrung gemacht, daß nur eine geschlossene Kampffront, nur das gemeinsame Handeln zum Erfolg führen kann. Und daß deshalb die studentische Individualisierung und Isolation durchbrochen werden muß. Es gilt, das Bündnis aller an den Hochschulen lernenden und arbeitenden fortschrittlichen Kräfte zu schaffen und über die Hochschulen hinaus gemeinsam mit den lohnabhängig Arbeitenden und ihren Organisationen, den Gewerkschaften, zu kämpfen. Die objektiven Bedingungen hierfür sind gegeben, die subjektiven Voraussetzungen entwickeln sich rapide: Immermehr Studenten vereinigen sich auf der Basis der gewerkschaftlichen Orientierung im Kampf für eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung mit Schülern, Lehrlingen und den Organisationen der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften selbst messen den Fragen des Bildungswesens immer größere Bedeutung bei. Nicht zuletzt in den Bildungspolitischen Vorstellungen des DGB, in seinen Ansätzen eines Hochschulprogrammes schlägt sich dieses wachsende bildungs- und wissenschaftspolitische Engagement nieder.

Die berechtigten Forderungen der Studenten, die Forderungen der Lohnabhängigen lassen sich nur in Frontstellung zum Monopolkapital und seinen politischen Kräften durchsetzen. Im demokratischen Massenkampf der Studenten

1 müssen Aufstiegsillusionen und ständische Positionen überwunden werden,  
müssen jene Forderungen praktisch vertreten werden, die die gemeinsamen  
Interessen von Studenten und arbeitender Bevölkerung zum Ausdruck bringen.  
5 Das bedeutet: aktive Unterstützung des Kampfes der Gewerkschaften um  
Mitbestimmung, Chancengleichheit, Abschaffung des NC, Senkung der  
Rüstungsausgaben zugunsten von Bildungsinvestitionen usw.

10 Demokratische Studienreform ist integraler Bestandteil des demo-  
kratischen Hochschulkampfes. Forderungen und Kampfschritte, die  
sich auf Studienorganisation, Studienbedingungen und Studien-  
inhalte beziehen, müssen auf einen Kampf der Studenten an der Seite  
der Arbeiterklasse orientieren, sollen Studienreformbemühungen  
nicht in den Sackgassen sektiererischen Verbalradikalismus' oder  
ständischer Illusionen landen.

15 In dieser Situation, angesichts der skizzierten Bedingungen und  
Prämissen, gewinnt die Forderung nach der wissenschaftlichen  
Qualifizierung der Studenten für eine demokratische Berufspraxis  
entscheidende Bedeutung. Sie ist das zentrale Kampfziel der demo-  
20 kratischen Studienreform. Dieses an der Berufspraxis festzumachen,  
für die qualifiziert werden soll, trägt der Tatsache Rechnung, daß  
das Studium - jedenfalls für die Masse der Studenten - wesentlich Berufs-  
ausbildung ist. Die spätere Berufspraxis der Masse der Hochschulabsolventen,  
d.h. die Tätigkeitsmerkmale des Arbeitsplatzes und ihre sozioökonomische  
Stellung, bestimmt, welche Studieninhalte relevant sind und welche nicht.

25 Die große Mehrheit der Hochschulabsolventen ist lohnabhängig: sie be-  
sitzt keine Produktionsmittel und muß ihre Arbeitskraft verkaufen. Bereits  
1961 wurden 92,5 Prozent der Ingenieure und Techniker als "abhängig  
Arbeitende" klassifiziert. Die Arbeitsbedingungen des größten Teils  
30 der wissenschaftlich-technischen Intelligenz gleichen sich tendenziell  
denen der Arbeiterklasse an, sie sind immer mehr gekennzeichnet durch  
verschärfte Arbeitsteilung, Schematisierung der Arbeitsvollzüge, Ein-  
ordnung in die betriebliche Weisungshierarchie, Arbeitsplatzunsicher-  
heit usw.

35 Spezifische Unterschiede zum großen Heer der Lohnabhängigen  
-festzumachen an geistiger Arbeit, Leitungsfunktionen, u.ä.-  
bedingen spezifische Differenzierungen des sozialen Bewußt-  
seins und Handelns. Ebenso gilt es, innerhalb der lohnabhän-  
40 gigen Intelligenz nach der Funktion im Arbeits- und Verwertungs-  
prozeß zu differenzierten (Tätigkeit im Produktionsprozeß,  
im Herrschaftsapparat, spezifische Ideologie-Funktionen, usw).  
Von der sozialen Stellung jedoch, größtenteils auch von der ge-  
sellschaftlichen Funktion her gerät die Masse der lohnabhän-  
45 gigen Intelligenz in Widerspruch zum Verwertungs- und Herrschaftssystem  
des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Dies bildet die objek-  
tive Ausgangslage für die Einordnung der lohnabhängigen Intelli-  
genz und damit der Masse der Studenten in den demokratischen  
Kampf. Es ist gerade die Aufgabe des politisch-gewerkschaftlichen  
50 Kampfes - auch an den Hochschulen -, spezifische soziale Differen-  
zen, die in der Struktur des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses  
und in den Spaltungsversuchen der herrschenden Klasse wurzeln,  
praktisch zu überwinden und eine einheitliche demokratische  
Kampffront herzustellen.

55 Ansätze zur Entwicklung eines entsprechenden politischen und gewerkschaft-  
lichen Bewußtseins werden jetzt auch zunehmend in Bereichen sicht-  
bar, in denen sich die soziale Kluft zwischen Intelligenz und Masse  
der Lohnabhängigen besonders deutlich herausgebildet hatte, wie zum  
Beispiel im Gesundheitswesen. Ärztestreik und Kongreß "Medizin und ge-  
60 sellschaftlicher Fortschritt" haben gezeigt, daß immer mehr Ärzte den  
Boden rein ständischer Interessenvertretung verlassen und zusammen mit  
den Organisationen der werktätigen Bevölkerung für bessere Arbeits-  
und Lebensbedingungen kämpfen wollen.

Demokratische Berufspraxis: Das ist die Verbindung von Berufspraxis und demokratischem Kampf. Eine demokratische Berufstätigkeit kann nicht für sich isoliert durchgeführt werden. Sie muß, soll sie dauerhafte Veränderungen bewirken, sich einreihen in den demokratischen Kampf aller Schichten der Bevölkerung, muß ein Kampf an der Seite der Arbeiterklasse gegen das Großkapital und seine politischen Agenturen sein. Dies impliziert, daß demokratische Berufspraxis weder aus den spezifischen Berufsbedingungen noch aus den allgemeinen Anforderungen des demokratischen Kampfes allein herzuleiten ist. Denn das eine birgt die Gefahr der Verabsolutierung bestimmter Schwierigkeiten in der Berufssituation, der Individualisierung und politischen Isolation in sich. Das andere droht, die spezifische Berufssituation zu übergehen und damit Möglichkeiten konkreter Veränderungen außer acht zu lassen. Demokratische Berufspraxis wirft das Problem auf, wie die Erhaltung individueller Reproduktionsmöglichkeiten geleistet werden kann bei gleichzeitiger politischer Praxis. Beispielsweise als Naturwissenschaftler in der Großindustrie, der Gefahr läuft, fristlos entlassen zu werden, wenn er brisantes Material über Umweltverseuchung o.ä. veröffentlicht. Unter kapitalistischen Bedingungen, d.h. solange die Produzenten von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen sind, wird die Verbindung von Berufstätigkeit und politischer Praxis äußerst widerspruchsvoll sein, wird sich eine bruchlose Verbindung von Arbeit und Kampf nicht herstellen lassen. Es gehört gerade deswegen zu den vordringlichen Aufgaben, die kollektive Organisierung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz am Arbeitsplatz und über diesen hinaus voranzutreiben - das bedeutet Mitarbeit in Belegschaftsversammlung und Vertrauensleutekörper, das bedeutet gewerkschaftliche Organisierung.

Wenn auch - das geht aus obigem hervor - das, was eine demokratische Berufspraxis ausmacht, immer an den konkreten Bedingungen entwickelt werden muß, so lassen sich doch einige zentrale Kriterien und Dimensionen anführen, die wesentlich für eine demokratische Berufspraxis sind:

Demokratische Berufspraxis heißt:

1. Aktiver und spezifisch beruflicher Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft; berufliche Tätigkeit zum Nutzen der arbeitenden Bevölkerung, zur Verwirklichung ihrer demokratischen und sozialen Rechte; berufliche Tätigkeit im Dienste der Sicherung des Friedens;
2. Solidarisches Verhalten zu den Arbeitskollegen; gewerkschaftliche Organisierung und kollektiver Kampf um die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen und um die Erringung von Mitbestimmungspositionen.

Demokratische Berufspraxis hat zur Bedingung:

Wissenschaftliche Bewältigung der Arbeit gemäß dem entfalteten Stand der Produktivkräfte; aktive Mitwirkung am wissenschaftlich-technischen Fortschritt; Sicherung der Qualifikation für wechselnde Arbeitsplatzanforderungen durch Berufsausbildung und ständige Weiterbildung; Da es keinen system- und klassenneutralen Fortschritt der Produktivkräfte gibt, kann die Dimension der Wissenschaftlichkeit nur unter dem Primat des demokratischen Einsatzes der Wissenschaft Moment einer demokratischen Berufspraxis sein. Beispiel: Forschungs- und Entwicklungstätigkeit in einem Kernforschungszentrum. Hier müssen Forscher und Ingenieure dafür kämpfen, daß gesellschaftlich finanzierte Forschungsvorhaben auch im gesellschaftlichen Interesse und unter gesellschaftlicher Kontrolle eingesetzt werden (Beispiel: Jülich)

Gerade der demokratische Kampf ist mit den Potenzen der Wissenschaft zu führen: So können etwa Soziologen und Psychologen mit der Untersuchung der Lebensbedingungen von Arbeitern in sogenannten Trabantenstädten dafür sorgen, daß der Kampf gegen eine unmenschliche Siedlungsplanung mit konkreten Forderungen, die auf der Basis detaillierter Kenntnis der Planungszusammenhänge entwickelt werden, geführt werden kann. Bei der Durchführung und Planung wissenschaftlicher Arbeiten, beim Erstellen von Gutachten usw., müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die Wissenschaft den Interessen der arbeitenden Bevölkerung nutzbar zu machen.

Die Implikationen einer demokratischen Berufspraxis sollen am Beispiel der Schulpraxis des Lehrers verdeutlicht werden:

Demokratische Lehrerpraxis muß auf folgendes gerichtet sein:

- auf die Gewährleistung gleicher Ausbildungsmöglichkeiten für alle - und damit gegen die Diskriminierung insbesondere von Arbeiterkindern durch den bestehenden Schulbetrieb;
- auf die Demokratisierung schulischer Entscheidungsprozesse;
- auf die Bekämpfung reaktionärer Unterrichtsinhalte (z.Bsp. Wehrkundeerlaß), auf die Praktizierung inhaltlich fortschrittlicher Ansätze, die der Masse der Schüler als perspektivisch Lohnabhängigen eine umfassende Qualifikation vermitteln. Hierzu gehört ein Unterricht, der den Schülern ihre Interessenlage verdeutlicht und sie zur organisierten Wahrnehmung ihrer materiellen und politischen Interessen gegen das Großkapital und seine politischen Kräfte hinführt.

Eine solchermaßen verstandene fortschrittliche Lehrertätigkeit kann sich nicht in der bloßen Vermittlung von fortschrittlichem "Unterrichtsstoff" erschöpfen. Sie würde gleichermaßen umfassen die Anleitung zu selbstorganisierten, kollektiven Lernprozessen; politische Elternberatung; gewerkschaftliche Organisation der Lehrer, Stärkung der Beziehungen von Lehrgewerkschaft zu Industriegewerkschaften; Kampf gegen die Diskriminierung fortschrittlicher Kollegen; usw.

Andere Beispiele demokratischer Berufstätigkeit würden andere Probleme offenlegen. Wie kann ein Ingenieur im Konstruktionsbüro Solidarität mit den Arbeitern in der Fertigung praktizieren? Welchen spezifischen Beitrag kann ein Jurist im Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte leisten? Wie kann ein Werksarzt sich im Kampf für eine umfassende medizinische Betreuung der Belegschaft gegen die Betriebsleitung durchsetzen? (z.B. durch engen Kontakt und Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Organisationen des Betriebs) So konkret und differenziert die Antworten hierauf auch sein müssen, so gilt doch für alle Funktionen und Situationen, wo Intelligenz lohnabhängig tätig ist: Entscheidend wird die kollektive Selbstorganisation, wird die Stärkung der demokratischen Organisationen, insbesondere der Gewerkschaften, sein.

Die Orientierung des Studiums auf eine demokratische Berufspraxis ist alles andere als die Orientierung auf normativ gesetzte Ausbildungsziele: Kriterien und Aufgaben einer demokratischen Berufspraxis müssen erst noch konkret erarbeitet werden. Für die Qualifizierung für eine demokratische Berufspraxis kommt es darauf an, die spezifischen Bedingungen und Funktionszusammenhänge der jeweiligen Berufspraxis praktisch zu erkunden, theoretisch zu analysieren und dies zum Gegenstand der Ausbildung zu machen. Konkrete Ziele und Inhalte der demokratischen Ausbildung müssen im Ausbildungsprozeß selbst erarbeitet werden. Es reicht nicht, sie einmal zu definieren.

In diesem Sinne zielen die Ausbildungsinteressen der Masse der Studenten auf die Qualifizierung für eine demokratische Berufspraxis. Dies darf weder in der Weise mißverstanden werden, daß die subjektive Interessenlage -die Studienmotivation- der Studenten bereits im Selbstlauf auf eine demokratische Berufspraxis hindrängt, noch in jener, daß diese Zielsetzung nur äußerlich aufgesetzt werden kann. Es geht vielmehr darum, daß, anknüpfend an die bestehende Lernmotivation und den Erkenntnisstand in der Auseinandersetzung mit den Formierungs- und Reglementierungsbestrebungen größere Teile der Studentenschaft aktiv in den Kampf einbezogen werden, daß sie sich in diesem Kampf theoretisch und praktisch, fachlich und politisch weiterqualifizieren, sich aktiv und bewußt auf eine demokratische Berufspraxis vorbereiten.

In ihrer Allgemeinheit zielen die Ausbildungsinteressen der Masse der Studenten

- auf eine umfassende wissenschaftliche Qualifizierung (individuelle Sicherung der Reproduktion der Arbeitskraft);
- auf die Erkenntnis der objektiven gesellschaftlichen und geschichtlichen Zusammenhänge der eigenen (aktuellen und perspektivischen) Tätigkeit;
- auf Qualifizierung zur Erkenntnis und praktischen Wahrnehmung der eigenen materiellen und politischen Interessen.

Vermittelt zu diesen Qualifikationsinteressen bewegen sich jene Interessen, die die Studienbedingungen, d.h. die Bedingungen des eigenen Qualifikationsprozesses betreffen. Diese Interessen zielen auf

- Mitbestimmung über den eigenen Lernprozeß;
- ungehinderte Wahrnehmung der eigenen materiellen und politischen Interessen in der Ausbildung;
- ausreichende materielle und personelle Ausstattung der Hochschulen
- materielle Absicherung des Studiums und Sicherheit des Studienplatzes

### 1 3.2 Zentrale Aspekte einer demokratischen Studienreform 1

5 Demokratische Studienreform ist Teil des demokratischen Hoch-  
schulkampfes. Die im Verlauf der Studentenbewegung gemachten  
Erfahrungen, gewonnenen Erkenntnisse und entwickelten Kampf- 5  
prinzipien müssen auch und gerade im Kampf für eine demo-  
kratische Studienreform umgesetzt werden. Demokratische Stu-  
dienreform ist dadurch gekennzeichnet, daß sie von den Be-  
10 troffenen, den Studenten, aktiv im Bündnis mit den fort-  
schrittlichen Wissenschaftlern, mit den Lohnabhängigen und  
ihren Organisationen, den Gewerkschaften, als Teil des all- 10  
gemeinen demokratischen Ausbildungskampfes getragen wird.  
Demokratische Studienreform ist massenbezogen, sie ver-  
läuft organisiert. Demokratische Studienreform führt zur  
15 theoretischen und praktischen Fortentwicklung des demo-  
kratischen Kampfes gegen das Monopolkapital, gegen die  
reaktionäre Formierung der Hochschulen. 15

20 In diesem Abschnitt sollen einige wesentliche Kampfbedin-  
gungen zur Durchsetzung demokratischer Studienreformen an-  
gegeben werden. Diese Kampfbedingungen stellen eine Ein- 20  
heit dar, nur in ihrer Einheit werden sie zum Erfolg des stu-  
dentischen Kampfes führen.

#### 25 3.2.1 Demokratische Studienreform heißt, den offensiven Kampf gegen die staatlichen Reglementierungen zu führen 25

30 Allzu häufig sind Studienreform-Probleme unpolitisch ange-  
gangen worden, allzu häufig wurde Studienreform nicht  
als Teil der Klassenauseinandersetzung begriffen. Dies 30  
zeigt die hochschuldidaktische Diskussion, wie sie von  
kritischen Studenten und Assistenten in der Vorphase der  
Studentenbewegung ausging. Erwägungen unterschiedlichen  
Inhalts— so z.B. nach der Effizienzsteigerung des Stu-  
35 diums und rationell-zentralisierter Lenkung der Ausbildungsgänge  
sowie nach der Herstellung gleicher Ausbildungschancen und  
der Einführung selbstbestimmter Lernformen — wurden neben-  
einander aufgelistet als ein Konglomerat mehrerer Möglich-  
keiten, aus denen nur vernünftig auszuwählen sei. Abstrakte  
40 Studienmodelle sollten durch das "Gewicht der Argumente" 40  
überzeugen. Solchermaßen unpolitisch erarbeitete Konzepte  
sind nicht selten integriert worden in Pläne und Maßnahmen  
der Kultusbürokratie, wo sie — aus ihrem ursprünglichen Kontext  
gelöst — der Formierung des Hochschulwesens nutzbar gemacht  
45 werden konnten. Dort, wo ihre kritischen Potenzen nicht nur im  
Jargon, sondern in demokratischen Positionen begründet lagen,  
wurden sie vom Tisch gewischt. Und nicht selten ist heute  
noch diese Spielart der Studienreform in der Arbeit von  
Studienreformkommissionen der Hochschulen wiederzufinden. 45

50 Auf der anderen Seite ist es ein verbreiteter Fehler studen- 50  
tischer Politik, den Kampf gegen die Studienformierung bloß  
punktuell zu führen, ohne daß eine vorwärtsweisende einheit-  
liche Kampfperspektive für die Masse der Studenten erfahr-  
bar wird. Die Herrschenden setzen die Formierung des Stu-  
55 diums vielfältig an: Berufs- und Berufungsverbot für fort-

schrittliche Wissenschaftler, Prüfungsverschärfung, Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft, Fachaufsicht über Lehre und Studium, Liquidierung fortschrittlicher Tutorenprogramme, Numerus clausus in Medizin und Lehrerbildung, usw. Diese vielfältigen Angriffspunkte auf politische Rechte und Ausbildungsinteressen der Studenten zielen einheitlich auf die Sicherung der Verwertungs- und Herrschaftsinteressen des Großkapitals, auf die Sicherung der Machtpositionen der Reaktion.

Wird der Kampf gegen die Formierung aber nur punktuell und defensiv geführt, dann bleibt er auf der Ebene ständischer Interessenvertretung stecken und läuft Gefahr, sich objektiv gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu richten. Wenn der Kampf nicht mit einer politischen Perspektive verbunden wird, ist es nicht möglich, die gemeinsamen Ziele von Studenten, Arbeitern und allen fortschrittlichen Kräfte zu verdeutlichen und im breiten Bündnis zu verwirklichen. Es ist für die Herrschenden dann leicht, durch Teilzugeständnisse den Widerstand zu brechen, eine Forderung gegen die andere auszuspielen (z.B. Lehrlinge gegen Studenten) und dabei ihre Interessen durchzusetzen.

Deshalb muß der Kampf gegen die Reglementierung des Studiums mit einer offensiven Perspektive geführt werden, muß der Kampf die einheitliche Front der Masse der Studenten Seite an Seite mit allen fortschrittlichen Kräften gegen die Monopole und ihre politischen Exponenten herstellen. Jede konkrete Aktion, jeder Kampf gegen die Angriffe auf die elementaren Interessen der breiten Mehrheit der Studenten muß weitergehende Forderungen hervorbringen, muß die Entfaltung der Ausbildungsinteressen der Masse der Studenten vorantreiben. Beispielsweise darf der Kampf gegen die Verschärfung von Prüfungsbestimmungen nicht in reinen Abwehrforderungen steckenbleiben. Vielmehr kommt es darauf an, in diesen Kampf die Perspektive der Demokratisierung der Ausbildung, d.h. der demokratischen Studienreform hineinzutragen, weitergehende Aktivitäten - Kritik der Lehrinhalte, Aufbau kollektiver Berufspraktika, usw. - zu organisieren.

Kampf gegen Berufungsverschleppung heißt zum Beispiel immer auch, den konkreten Beitrag der -zugleich mit dem betreffenden Wissenschaftler - diskriminierten Lehrinhalte für die Qualifizierung der Studenten zu einer demokratischen Berufspraxis aufzuzeigen.

### 3.2.2 Verbindung von aktivem Lernen mit dem Massenkampf an der Basis

Im herrschenden Lehrbetrieb dominieren rezeptive, unselbständige, individualisierte Formen des Lernens. Die Inhalte werden den Studenten aufoktroiert. Und im Zuge der Formierung des Studiums verstärken sich diese Aspekte. Kein Wunder: Den Herrschenden liegt viel an der reibungslosen Verwertbarkeit und Manipulierbarkeit auch der wissenschaftlichen Arbeitskraft. Wo Eigenaktivität eingeplant wird, geht es ihnen um funktionelle "Mitwirkung" der Studenten. Eigenaktivität wird nicht geduldet, sobald sie zu echter Aktion für demokratische Forderungen wird. Genauso sicher, wie ein Zusammenhang zwischen dem Eintrichtern bürgerlicher Wissenschaft und angepaßter Berufspraxis besteht, genauso notwendig ist es, im Kampf um die wissenschaftliche Qualifizierung zu einer demokratischen Berufspraxis des rezeptive, fremdbestimmte Lernen zu überwinden. Aktives Lernen und die bewußte Gestaltung des eigenen Lernprozesses sind esentielle Bedingungen eines Studiums, das kritisch reflektierende Tätigkeit zum Ziel hat. Nur durch Selbstaktivierung ist eine Studienmotivation der Studenten hervorzubringen, die nach der permanenten Überwindung der enggesteckten Grenzen der herrschenden Lehre

strebt. Und es gilt, Kanalisierungsversuche studentischer Interessen, die von sozialintegrativen Maßnahmen der Kulturbürokratie ausgehen, durch kollektive Selbstaktivierung zu durchbrechen. Durch die kollektive Aktion muß die Masse der Studenten die Bedingungen für aktives und bewußtes Lernen schaffen. Der studentische Massenkampf muß ein aktiver und bewußter kollektiver Qualifizierungsprozeß werden. Massenkampf und aktives Lernen bedingen sich gegenseitig. Wie die massenhafte Aktion zur Erringung von Kampfpositionen führt, die gegen Formierung der Ausbildung gerichtet sind und kollektive, fortschrittliche Lernprozesse vorantreiben, so wirkt aktives, bewußtes und kollektives Lernen auf die Entfaltung der Massenkämpfe hin.

Die Verbindung von aktivem Lernen mit dem Massenkampf an der Basis: Das ist ein wesentliches Element demokrat. Studienreform. Und hierzu gehören weitere Momente: Die Verbindung von fachlicher und politischer Qualifizierung, von Hochschulkampf und demokratischer Berufspraxis, von Ausbildungskampf und Ausbildungsprozeß.

### 3.2.3 Verbindung von fachlicher und politischer Qualifizierung

Die herrschende Lehre stellt die Verbindung von fachlicher und politischer Qualifizierung auf ihre Weise her: als Einheit von Fachborniertheit und politischer Borniertheit. Fachborniertheit: Das heißt Splitterung der Wissenschaften, Orientierung des Studiums an fachlicher Fungibilität für das staatsmonopolistische Verwertungs- und Herrschaftssystem. Politische Borniertheit: Das heißt subjektiv unpolitische Praxis, objektiv jedoch politische Parteinahme für die herrschende Klasse.

Für den demokratischen Hochschulkampf ist die Verbindung von fachlicher und politischer Qualifizierung von anderer Qualität. Demokratische Studienreform zielt auf eine umfassende wissenschaftlich-fachliche Qualifikation, die der Masse der Studenten -als perspektivisch lohnabhängiger Intelligenz- einen hohen Disponibilitätsgrad der Arbeitskraft für wechselnde Arbeitsplatzanforderungen sichert. Dies schließt eine breite wissenschaftliche Grundlagenausbildung mit aufbauender profunder Spezialausbildung ein. Demokratische Studienreform zielt für die Masse der Studenten auf die wissenschaftliche Erkenntnis und Kritik der gesellschaftlichen Funktion des eigenen Studienfaches, seiner Inhalte und des späteren Berufs, auf die Qualifizierung zur organisierten Wahrnehmung der eigenen Interessen in Studium und Beruf. Demokratische Studienreform ist der Kampf um Studieninhalte, die diese fachliche und politische Qualifizierung inhaltlich leisten. Es ist der Kampf um die Durchsetzung demokratischer Studieninhalte. Demokratische Studienreform zielt auf die Einbeziehung des Marxismus in das Studium, denn gerade der Marxismus trägt dazu bei, der großen Mehrheit der Studenten ihre objektive Lage und Perspektive aufzuzeigen und den studentischen Kampf auf den - einzig erfolgreichen - Kampf an der Seite der Arbeiterklasse zu orientieren. Deshalb ist der Kampf um die gleichberechtigte Verankerung der marxistischen Wissenschaft an den Hochschulen ein wesentlicher Bestandteil des Kampfes um demokratische Studieninhalte. (vgl. Abschnitt 4.2)

Demokratische Studienreform ist der Kampf um ein Studium, das die Impulse für seine theoretischen Inhalte aus gesellschaftlicher Praxis bezieht und diese Praxis theoretisch reflektiert. Ein solches Studium verbindet theoretische und praktische Qualifikation für eine demokratische Berufspraxis. Doch in der Auseinandersetzung mit den herrschenden Studienbedingungen, d.h. solange die Ausbildung von den Bedingungen eines abgezielten Wissenschaftsbetriebes geprägt ist - wird die Einheit von Theorie und Praxis nur tendenziell herzustellen sein, ebenso wie sich fachliche und politische Qualifikationen nicht bruchlos verbinden lassen. Diesen Widerspruch zu tragen und zu überwinden kann nur durch den organisierten politischen Kampf geleistet werden.

Als vordringliche Aufgabe stellt sich, die Berufung fortschrittlicher Hochschullehrer durchzuführen. Ebenso sind Tutorenprogramme, die von der Studentenschaft selbst, z.B. von den Fachschaftsvollversammlungen, kontrolliert werden, zu erkämpfen und aufzubauen. Studienkollektive der Studenten müssen gebildet werden, die fortschrittliche Alternativen erarbeiten in zentrale Lehrveranstaltungen vermitteln. Kollektive Berufspraktika, die intensiv die Probleme der Berufsperspektive theoretisch aufarbeiten und praktisch erkunden, die Kontakte zu fortschrittlichen Kollegen aufnehmen, usw. müssen praktisch entwickelt werden. Im Studium sind projektorientierte Studienphasen zu verankern.

### 3.2.4 Verbindung von Hochschulkampf und demokratischer Berufspraxis

Dieser Aspekt stellt eine Umsetzung des Problems fachlich-politische Qualifizierung auf die konkrete Berufsqualifizierung dar. Es geht um die Orientierung der Ausbildung auf die Anforderungen einer demokratischen Berufspraxis, um die Qualifizierung der Studenten zur Fortführung des demokratischen Kampfes nach Absolvierung des Studiums, wenn mit Eintritt in den Beruf neue "Zwänge" auftreten.

Im Konzept der Studienformierung beinhaltet die durchgängig erkennbare Tendenz zur "Berufsorientierung" der Studiengänge, daß das Studium in theoretisch verkürzter Weise auf unmittelbare Berufsfunktionen, auf kurzfristige Verwertbarkeit der Arbeitskraft zugeschnitten wird. Dies widerspricht in zweifacher Weise den Interessen der perspektivisch lohnabhängigen Intelligenz: Einmal in der völlig unzureichenden fachlichen Qualifikation, zum anderen in der Disziplinierung zu einem politisch konformen Arbeitsverhalten. Im Konzept der demokratischen Studienreform dagegen geht es darum, der Masse der Studenten bereits in der Hochschulausbildung die konkreten Anforderungen, herrschaftsmäßigen Zusammenhänge, politisch-gewerkschaftlichen Arbeitsmöglichkeiten der Berufsperspektive praktisch zu vermitteln, und diese Praxis mit theoretischer Kritik und Erkenntnis zu verbinden.

In diesem Theorie-Praxis-Verhältnis ist "demokratische Berufspraxis" selbst zu erarbeiten. Besonders wichtig ist die Vermittlung von Arbeitskämpferfahrungen und ihre theoretische Aufarbeitung in Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Kollegen. Hierzu müssen gewerkschaftliche Arbeitsgruppen, Berufsperspektive-AG's u.ä. aufgebaut werden, ebenso wie die bereits erwähnten kollektiven Berufspraktika und Arbeitsprojekte als integrierte Bestandteile des Studiums, zu verankern sind.

### 3.2.5 Verbindung von Ausbildungsprozeß und Ausbildungskampf

Die Bedingungen für eine wissenschaftliche und demokratische Qualifizierung der breiten Mehrheit der Studenten müssen in hartnäckigen, langwierigen Auseinandersetzungen, gegen den erbitterten Widerstand von Monopolkapital und politischer Reaktion geschaffen werden. Demokratische Studienreform kann sich deswegen nicht in das Klempnern von Studienmodellen ergehen, die den Hochschulgremien und Kultusministerien zur gefälligen Beschlußfassung übermittelt werden. Es besteht vielmehr die zentrale Aufgabe, demokratische Studienreform als einen Prozeß in die Tat umzusetzen, der mit der Erkämpfung von Ausbildungsbedingungen, die zu einer demokratischen Praxis qualifizieren, zugleich diese Qualifizierung selbst in Angriff nimmt. Ausbildungskampf ist niemals etwas, das sich abseits der Ausbildung vollzieht. Ausbildungskampf wirkt selbst qualifizierend. Demokratische Studienreform muß die Reflexion und entsprechende Umsetzung dieses Zusammenhangs von kämpfen und lernen beinhalten. Die Aktionen im Rahmen einer demokratischen Studienreform müssen selbstbewußter Teil- und zwar ein entscheidender -des Ausbildungsprozesses der Masse der Studenten werden. Und dieser selbstorganisierte Lernprozeß muß in Beziehung stehen zum institutionalisierten Lernprozeß, d.h. dem regulären Studium, in dem -wie gesagt- schrittweise Positionen für eine demokratische Berufsqualifizierung erobert werden müssen.

Die Verbindung von Ausbildungsprozeß und Ausbildungskampf wird besonders über die Organisierung der demokratischen Studienreform zu leisten sein. Auf der Ebene der Fachschaften ist als Beispiel hierfür die Entwicklung von Studienkollektiven und kollektiven Berufspraktika zu nennen. Solche kollektiven Formen sollen der Verbindung von Lernen und politisch solidarischem Handeln der Studenten dienen. In dieser doppelten Funktionsbestimmung würden Studienkollektive etwa nicht nur Kritik an der in den jeweiligen Lehrveranstaltungen vertretenen bürgerlichen Wissenschaft üben müssen, sondern auch in den eigenen Reihen und in der betreffenden Lehrveranstaltung Ansätze einer positiven Qualifizierung zu entwickeln haben. Außerdem wäre es die Funktion dieses Kollektivs, die aktuellen und zentralen hochschulpolitischen Auseinandersetzungen -Berufung eines fortschrittlichen Wissenschaftlers, Mietkampf, Prüfungsverschärfung, usw.- spezifisch in die Lehrveranstaltung zu vermitteln.

### 3.2.6 Entwicklung der eigenen organisierten Stärke

Wesentliche Qualifikationsdimensionen für eine demokratische Praxis werden durch diese Praxis selber vermittelt. Demokratische Studienreform muß deswegen organisiert vonstatten gehen, weil nur organisiert die im Kampf gesammelten Erfahrungen systematisch und praxisbezogen reflektiert und weitervermittelt werden können, weil nur so eine handlungsanleitende, vorwärtsweisende Theorie aus der Praxis hervorgehen und auf diese Praxis zurückwirken kann. Ebenso muß durch kollektive Organisierung der Gefahr objektiver und subjektiver Rückschläge (Abbröckeln der Kampffront, Resignation, Apathisierung, usw.) begegnet werden.

Die Organisierung der demokratischen Studienreform, des Kampfes für die Qualifikationsinteressen der großen Mehrheit der Studenten muß von den Studenten selber im Bündnis mit anderen fortschrittlichen Hochschulmitgliedern und den Gewerkschaften geleistet werden. Studienreform-Arbeitskreise von Studenten, Gewerkschaftern und fortschrittlichen Wissenschaftlern, wie sie an verschiedenen Hochschulorten bereits bestehen, sind ein nachahmenswerter Anfang. Im Verlauf des Studienreformkampfes müssen diese Ansätze überregional- in Form von Studienreformkonferenzen und fach- bzw. studienspezifischen Arbeitskreisen- koordiniert und vorangetrieben werden.

In dem Maße, in dem immer mehr Studenten der BRD aktiv für ihre materiellen und politischen Interessen eingetreten sind, ist es ihnen gelungen, die Organe der verfaßten Studentenschaft von studentischen Agenturen des CDU-Staates zu ihren Organen, d.h. zu schlagkräftigen Instrumenten des demokratischen Massenkampfes der Studenten zu machen, zu Instrumenten, die das einheitliche Handeln der Studenten organisieren. Und deswegen ist den Herrschenden die verfaßte Studentenschaft ein Dorn im Auge geworden. Sie richten ihren Schlag gezielt auf die politischen Rechte von AStA und Fachschaften; mit verschiedenen Mitteln, bis hin zur völligen Liquidierung, versuchen sie, die Studentenschaft mundtot zu machen. In dieser Situation muß auch und gerade durch den Studienreformkampf die verfaßte Studentenschaft verteidigt und gestärkt werden. Und dies ist in dem Maß gegeben, wie die Organe der verfaßten Studentenschaft, besonders die Fachschaften, den demokratischen Kampf um die Studienreform entfachen. Mehrere Fachschaften in der BRD haben bereits die Konsequenz gezogen und ein demokratisches Organisationsmodell aufgebaut. Es sieht Arbeitsgruppen vor zu relevanten Fragen der Fachschaftsarbeit, so z.B. zu "Berufsperspektive" und zu "Studienreform", die von der Fachschaftsvollversammlung eingesetzt und kontrolliert werden. Die oben z.B. genannten Studienkollektive und kollektiven Berufspraktika müssen ebenfalls in die Fachschaftsarbeit eingebunden werden, um das einheitliche und geschlossene Handeln der Studenten zu erreichen. Zu fordern ist das imperative Mandat der Fachschaftsvollversammlungen über Tutorenprogramme und über die studentischen Vertreter in Studienreformkommissionen.

Die Studienreformatarbeit der Fachschaften muß bundesweit zusammengefaßt, vorangetrieben und vereinheitlicht werden in den Fachkonferenzen des VDS. Die Fachkonferenzen wurden bzw. werden in bestimmten Studienbereichen eingerichtet, um

- konkrete Kampfmaßnahmen gegen die Formierung des Studiums, gegen disziplinierende Prüfungsordnungen und für eine demokratische Studienreform zu initiieren und zu koordinieren;
- konkrete Analysen der Berufsperspektiven und der vorhandenen Studienreformansätze zu leisten und eigene Studienreformkonzepte zu entwickeln; um die Konkretisierung demokratischer Studieninhalte für den jeweils betroffenen Fachbereich zu leisten;
- das zentrale Studienformierungsinstrumentarium, FIM-Projekte, Numerus-Clausus-Maßnahmen, usw. aufzuarbeiten;
- Informationen über den örtlichen Kampf für die Berufung fortschrittlicher Hochschullehrer auszutauschen;
- Informationen über die materiellen Studienbedingungen (personalmangel usw.) und über Kampfformen zu ihrer Verbesserung auszutauschen;
- die Arbeit in den Studienreformkonferenzen und anderen überregionalen Studienreformgremien vorzubereiten und zu kontrollieren.

Der bundesweiten Studienreglementierung muß eine bundesweit organisierte Antwort gegeben werden. Jede Fachschaft, die ihre Funktion als Organ zur Vertretung der Interessen der großen Mehrheit der Studenten ernst nimmt, muß in der entsprechenden VDS-Fachkonferenz aktiv mitarbeiten.

### 3.2.7 Erringung von Kampfpositionen für eine demokratische Studienreform

Wo fortschrittliche Studienprogramme an der Hochschule durchgesetzt worden sind, ist das hartnäckige Bestreben von Kultusbürokratie, von CDU/CSU und rechter SPD, von "Bund Freiheit der Wissenschaft" zu beobachten, diese Programme einschl. der Personen, die sie vertreten, zu diffamieren und 'abzuschießen'. Es gibt kein Curriculum, auf dem sich die fortschrittlichen Kräfte ausruhen könnten. Jeder fortschrittliche Curriculumansatz, jede mit einem demokratischen Wissenschaftler zu besetzende Stelle, jedes kritische Tutorium, fast jedes marxistische Bibliotheks-Taschenbuch muß hart erkämpft und verteidigt werden. Demokratische Studienreform ist der Kampf um Positionen an den Hochschulen, die die Front der demokratischen Kräfte in der Studienreform stärken, um Positionen, die den Ausbildungsprozeß der Masse der Studenten hin zu einer demokratischen Qualifizierung weiter entfalten. Unabdingbar für die Wirksamkeit solcher Kampfpositionen ist die wachsame Massenaktion der Studenten im Bündnis mit allen fortschrittlichen Kräften innerhalb und außerhalb der Hochschulen. Deshalb ist es essentiell, daß erreichte Positionen die Bedingungen zur Massenkontrolle und zur Massenmobilisierung für weitergehende Kämpfe verbessern.

Demokratische Studienreform zielt auf die Erringung folgender wesentlicher Kampfpositionen ab:

#### 1) Mitbestimmung

Es sind an den Fachbereichen Studienreformkommissionen mit gleichberechtigter Beteiligung von Vertretern der Studenten und auch des nichtwissenschaftlichen Personals unter Einbeziehung der Gewerkschaften zu schaffen. Diese Kommissionen müssen die volle Kompetenz für alle Fragen der Lehrveranstaltungsprogramme, der Studien- und Prüfungsordnungen, der wissenschaftlichen Arbeitsformen und -methoden, der didaktischen Forschung usw. haben. Für die ungehinderte Erprobung neuer Studiengänge, Lernformen und Studieninhalte müssen institutionelle Möglichkeiten geschaffen werden (Experimentierklauseln etc.)

Gegen die staatliche Fachaufsicht, gegen das staatliche Studienformierungs-Instrumentarium sind überregionale Studienreformkonferenzen als Zusammenschluß von demokratisch gewählten Vertretern der Fachbereiche unter Einbeziehung der Gewerkschaften aufzubauen. Deren Aufgabe bestünde in erster Linie in Kommunikation und Koordination, in der Diskussion lokal erarbeiteter Curricula, in der Verabschiedung von Studien-Rahmenempfehlungen, in der Vermittlung von Ergebnissen der hochschuldidaktischen und berufsperspektivischen Forschung, in der Diskussion von Problemen des Studiums und Fernstudiums im Medienverbund (SIM/FIM), in der Anregung von Reform-Experimenten.

2) Projektorientiertes Studium (vgl. Abschnitt 4.1)

3) Demokratische Studieninhalte, Berufung marxistischer und anderer fortschrittlicher Hochschullehrer, basiskontrollierte Tutorenprogramme (vgl. Abschnitt 4.2)

4) Einheitlichkeit des Studiums (vgl. Abschnitt 4.3)

5) Demokratische Kontrolle der Prüfungen. Prüfungsordnungen, die Schluß machen mit sozialer Diskriminierung und politischer Disziplinierung über Prüfungen, (vgl. 4.4)

6) Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung.

7) Studienzeit-Empfehlungen nur im Zusammenhang mit einer demokratisch kontrollierten Studienreform (vgl. 1). Studienberatung allein durch Gremien, die von den Gewerkschaften, sowie von ASten und Fachschaften kontrolliert werden.

8) Ausreichende Ausstattung der Hochschulen mit Personalstellen, Lern- und Lehrmitteln und Räumlichkeiten. Ausreichende materielle Absicherung des Studiums.

4. Kampfpositionen einer demokratischen Studienreform

4.1 Projektstudium

In der theoretischen und praktischen Kritik am herrschenden Studienbetrieb gewinnt das Projektstudium zunehmend an Bedeutung. Die Modelle und praktischen Ansätze, die dabei unter den Begriff "Projektstudium" subsumiert werden, sind untereinander nicht einheitlich, ebenso wie eine große Vielfalt die leitenden Motive zur Realisierung des Projektstudiums kennzeichnet.

Häufig werden Teilmomente des Projektstudiums für das Ganze ausgegeben, sei es, daß von interdisziplinären Lehrveranstaltungen die Rede ist, sei es, daß Berufspraktika ins Studium einbezogen werden o. ä.

Demgegenüber zielt Projektstudium im Rahmen demokratischer Studienreform auf die Verwirklichung eines Studiums, das wesentlich in Projekten organisiert ist, d.h., wo das Lernen sich primär in Projekten vollzieht und die übrigen - stark reduzierten - Lernveranstaltungen (Vorlesungen, Kurse usw.) auf Projekte bezogen sind. Ein Projekt ist hierbei zu kennzeichnen durch:

- Orientierung des Lernens (Fragestellungen, Erkenntnisschritte usw.) auf das jeweilige Berufsfeld (Berufsorientierung)
- Die wissenschaftliche Qualifizierung vollzieht sich entlang gesellschaftlich relevanter Problemstellungen, die einzelwissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse in sich verbinden. (Problembezug)
- Theoretisches Lernen wird mit seiner praktischen Erprobung, praktische Erfahrung wird mit ihrer <sup>theoretischen</sup> Reflexion verbunden. (Theorie-Praxis-Bezug)
- Selbstorganisiertes, kollektives Lernen.

Diese Projektprinzipien müssen als Einheit verstanden werden, nur in ihrer Einheit können sie eine Kampfposition für demokratische Studienreform sein.

Als eine an den Hochschulen zu erkämpfende, zu institutionalisierende Position kann das Projektstudium nur dann eine vermittelnde, vorwärtstreibende Funktion wahrnehmen, wenn es auf den Hochschulkampf und die Realisierung einer wissenschaftlichen und demokratischen Berufsqualifizierung bezogen wird. Das bedeutet, daß die vom Projektstudium real ausgehenden Wirkungen niemals losgelöst von seinen politischen Bedingungen gesehen werden können, daß eine fortschrittliche Nutzung des Projektstudiums nur im organisierten demokratischen Kampf zu leisten ist, wie umgekehrt die im Projektstudium angelegten Perspektiven wesentlich zur Stärkung dieses Kampfes beitragen können. Zentrale Kampfprinzipien der demokratischen Studienreform, die Verbindung von aktivem Lernen mit dem demokratischen Massenkampf, die Verbindung von fachlicher und politischer Qualifizierung, von Hochschulkampf und demokratischer Berufspraxis, usw. (vgl. Abschnitt 3.2) erhalten durch die Verwirklichung des Projektstudiums eine Basis. Die Entfaltungsmöglichkeiten des Projektstudiums hängen entscheidend davon ab, ob fachliche Interessen aktiv und organisiert in das Projektstudium eingehen und dort verankert werden. Dies bedeutet nicht nur eine spezifische politische Orientierung, sondern auch die konsequente Verwirklichung der Projektprinzipien.

Wesentlich für das Projektstudium ist, daß es kein fixiertes Modell sein darf, sondern sich im Prozeß

der Durchsetzung erst entfaltet und konkret differenziert. Daher wäre jeglicher Versuch, ein optimales Projektstudienkonzept im stillen Planerstübchen zu ersinnen, bereits zum Scheitern verurteilt. Im Kampf um die Realisierung des Projektstudiums ist es jedoch notwendig, die Qualität der dabei potenziell angelegten fortschrittlichen Momente differenziert zu analysieren, um die eigenen Aktivitäten darauf in der konkreten Situation spezifisch ausrichten zu können:

So bedeutet die Erwartung, durch ein Projektstudiums könnten die Motivationen der Studenten besser angesprochen und entwickelt werden, für den Kampf um Projektorientierung des Studiums, daß das Erkennen der Relevanz des Lernprozesses für die eigene aktuelle und perspektivische Lage für die Masse der Studenten ermöglicht werden muß. Der Studienverlauf muß an erkennbaren Problemlösungsschritten orientiert werden, die von den Studenten selbst als notwendig erkannt werden. Dies verlangt aktive Mitgestaltungsmöglichkeiten am Studienablauf und seinen Zielen. Kollektives Handeln und Eigenaktivität der Studenten werden dabei erst dann zu soziali-

1 sierenden Faktoren, wenn sie mit den Ausbildungsinteressen eng 1  
 verbunden sind und keine bloß pädagogischen Formen effektiveren  
 Lernens beinhalten. Erst dann kann die Mitbestimmung des Projektver-  
 5 laufs durch alle Beteiligten ihre politische Qualität gewinnen 5  
 und die Erfahrung beim Studium nicht nur kognitiv anlagern, sondern als  
 bewußte Erkenntnisse gestalten. Nur in diesem Zusammenhang können  
 sozialpsychologisch verfestigte Individualisierungsmechanismen  
 real aufgebrochen werden, kann kollektives politisches Handeln  
 0 als die gesamte Existenz des Studenten erfassend entfaltet werden,  
 als ein Handeln, das sich auch im Kampf um Veränderung der Studien- 10  
 bedingungen niederschlägt und nicht nur auf isolierte geplante Lern-  
 prozesse bezogen ist. Die Entwicklung von Erkenntnissen wird durch  
 das Prinzip des forschenden Lernens strukturell vorangetrieben.  
 5 Denn die Studenten sind nicht auf das Rezipieren angebotener In-  
 halte angewiesen, sondern lernen, indem sie nach Lösungswegen 15  
 und -methoden für die als relevant erachteten Probleme suchen.  
 Je mehr politisch relevante Problemstellungen als Gegenstand des Studiums  
 erkämpft werden, umso schwieriger werden Tendenzen,  
 die darin eingeschlossenen gesellschaftlichen Konflikte ver-  
 0 fälscht darzustellen. Der Problembezug des Projektstudiums zu  
 gesellschaftlich relevanten Fragesstellungen wird nicht per se 20  
 durch seine Deklaration als Prinzip des Studiums vorgegeben,  
 sondern muß sich durch die Inhalte forschenden Lernens erst kon-  
 kret entwickeln. Aber die Form des Problembezugs bietet Positionen,  
 5 diese eher zu finden. Die Projektorganisation des Studiums ist auch am  
 ehesten geeignet, nach Fächerschwerpunkt, Erkenntnisstand und Ausbildungsziel 25  
 unterschiedliche Ausbildungsgänge miteinander zu integrieren und ein hohes  
 Maß an Durchlässigkeit zu institutionalisieren. Dies gilt insbesondere  
 für die Integration der Erwachsenenbildung und Weiterbildung in die Hoch-  
 0 schulen. Die konsequente Verwirklichung des Projektstudiums stellt  
 die traditionelle Wissen- 30  
 schaftsborniertheit, das Gewinnen von Erkenntnissen im engen Hori-  
 zont bürgerlicher Einzelwissenschaften, in Frage, denn  
 die gesellschaftliche Realität der hier eingeschlossenen wissen-  
 schaftlichen Probleme konstituieren sich nicht nach Fächergrenzen,  
 5 sondern sind Ausdruck komplex sich entwickelnder Zusammenhänge. 35  
 Diese Veränderung des wissenschaftlichen Forschungs- und Lernpro-  
 zesses ergibt sich bereits als notwendig aus dem konstitutiven  
 Problembezug. Sie wird konkret organisiert, durch das in allen  
 Projektstudienkonzepten zentral angelegte Moment der Interdis-  
 0 ziplinarität, indem dadurch erweiterte Erkenntnismöglichkeiten in das Studium 40  
 einfließen, können die Studenten eher Ansatzpunkte für eine weitere Kritik  
 dieser Begriffe erwerben, Perspektiven der Entwicklung von Wissenschaft ge-  
 winnen, deren praktische Umsetzung zumindest für den Lernprozeß auf der Ebene  
 interdisziplinärer Projekte eher geleistet werden kann. Damit wird auch  
 5 die Auseinanderstzung verschiedener Wissenschaftsauffassungen, insbesondere 45  
 von bürgerlicher und marxistischer Wissenschaft, durch die Überwindung der  
 Kommunikationsarmut des herkömmlichen Studienbetriebs zu einem permanenten  
 Prozeß. Für eine Überwindung der bisherigen abgehoben - akade-  
 0 mistischen oder handwerklerisch - berufsbezogenen Ausbildungsgänge 50  
 ergeben sich aus dem Prinzip des Berufspraxisbezugs Ansätze, wenn  
 es im Zusammenhang der übrigen Momente als einheitliches Struktu-  
 rierungsprinzip erkämpft wird. Dabei ist Berufspraxisbezug gleichzeitig  
 als allgemeine Organisationsform des gesamten Studienablaufs bewußt  
 zu gestalten und als didaktisches Kriterium bei allen inhaltlichen  
 5 Entscheidungen anzuwenden. Auch hier muß die Analyse der Berufs- 55  
 perspektive und der Lernformen politisch getragen werden, wenn  
 integrative Formen des Berufspraxisbezugs verhindert werden sollen.  
 Die in den einzelnen Momenten des Projektstudiums angelegten  
 Möglichkeiten werden sich erst in dem Maße im Sinne einer demo-  
 0 kratischen Studienreform entfalten, in dem sie nicht technizistisch 60  
 verkürzt und isoliert umgesetzt werden, sondern vom demokratischen  
 Massenkampf getragen, sich als einheitliche Prinzipien manifestie-  
 ren, die sich inhaltlich an der Entfaltung demokratischer Positionen

orientieren. Nur so kann praktisch der möglichen politischen Anpassungsfunktion des Projektstudiums entgegengewirkt werden.

Die realen Reglementierungstendenzen des Studiums

laufen der konsequenten Entfaltung des Prinzips "Projektstudium" zuwider, und nur in der erfolgreichen Auseinandersetzung mit ihnen hat das Projektstudium Durchsetzungsmöglichkeiten als Kristallisationspunkt expansiver, demokratischer Qualifikationsinteressen. Konkret wird gegenwärtig das Bemühen um Projektstudium auch auf der Ebene der Auseinandersetzung mit derzeitigen zentralen Formierungstendenzen - als Teil der Entfaltung von Interessen am Projektstudium und der Schaffung von praktikablen Bedingungen - beginnen müssen. Die Widersprüche stellen sich in der jetzigen historischen Phase vor allem auf folgenden Ebenen dar:

- Zentral verordnete Studienreglementierung im Sinne der DMBW- und KMK-Vorschläge sind unvereinbar mit einem Projektstudium, das an umfassenden Lösungen zentraler Studienreformprobleme durch die Beteiligten orientiert ist.

- Zwischenprüfungen und sonstige rigide Kontrollmechanismen laufen den sich über längere Zeit als Einheit verlaufenden Projekten, deren zeitlicher Maßstab der Stand der Problemlösung und nicht äußere Regelungen sind, zuwider.

Sie stehen zudem flexiblen Qualifikationsstrukturen, die Mobilität hervorzubringen in der Lage sind, entgegen;

- Die teils ökonomischen, teils aus Gründen besserer politischer Kontrolle motivierte Zweiphasigkeit einer Vielzahl von Studiengängen, (etwa die Trennung von Studium und Referendariat bei Lehrern) die im Grundprinzip beibehalten aufrecht erhalten werden soll, verhindert einen konsequenten Berufspraxisbezug im gesamten Studienablauf;

- Die Realisierung fortschrittlicher Momente des Projektstudiums widerspricht größtenteils den bestehenden oder in Gesetzentwürfen kodifizierten hochschulpolitischen Entscheidungsstrukturen. Denn eine konsequente Orientierung an realen gesellschaftlichen Problemen muß den permanenten demokratischen Entscheidungs- und Diskussionsprozessen der universitären und der demokratischen Öffentlichkeit insgesamt unterliegen. Der als Projektprinzip konstitutive Mitbestimmungsprozeß aller Beteiligten an Zielen, Inhalten und Verlauf des weiteren Studiums macht eine Verankerung von Mitbestimmung und demokratischer Kontrolle notwendig. Dies steht in krassem Widerspruch zu den Tendenzen einer staatlichen Fachaufsicht;

- Ebenso wie breite demokratische Mitbeteiligung am Studienprozeß ist sein Realitätscharakter entscheidend nicht nur für Motivationsentwicklung, sondern auch für die Qualität der Qualifikationsprozesse und dabei entwickelter neuer Erkenntnisse. Dies impliziert bereits die Notwendigkeit der Integration von Lern- und Forschungsprozessen. Von daher sind die Tendenzen zur Auslagerung von Forschungskapazitäten aus den Hochschulen unvereinbar mit Projektstudium;

- Projektstudiengänge erfordern nicht nur in der Anfangszeit optimale materielle Bedingungen - wie kleine Lerngruppen mit Betreuern; geringe Stundenbelastung der Hochschullehrer, um die Planung wissenschaftlich zu betreiben; Freistellung von Arbeitskapazitäten in der Praxisfeldern; ausreichendes Material für das wissenschaftliche Arbeiten aller... Hier kollidiert die Verwirklichung von Projektstudium mit den von kurzfristigen Verwertungsinteressen des Großkapitals, insbesondere von den Monopolinteressen diktierten Prioritäten in den öffentlichen Haushalten hervorgebrachten ökonomischen Restrik-

Die konsequente Verwirklichung des Projektstudiums, d.h. die einheitliche Verwirklichung der Projektprinzipien einerseits und herrschende Studienformierung andererseits bilden tiefgreifende Gegensätze. Projektstudium wird in der staatlichen Reglementierungspolitik allenfalls als Experimentierfeld für einige - verschwindend geringe, nicht repräsentative-Ausnahme-Ausbildungssituationen geduldet. Projektstudium ist alles andere als ein Baustein herrschender Integrationsstrategie im Sinne einer Reformmaßnahme, die nur effektiver zum reibungslosen Einsatz der Hochschulabsolventen führt. Deshalb stellt sich das Problem,

die fortschrittlichen Prinzipien des Projektstudiums gegen die Formierung durchzusetzen, und dabei diesen Kampf um demokratische Studienreformpositionen so zu führen, daß in der praktischen Auseinandersetzung sich die Ausbildungsinteressen politisch weiter entfalten, Formen des Projektstudiums als Kampfformen entwickelt werden, und damit die relevanten Momente des Projektstudiums sich im organisierten demokratischen Massenkampf realisieren.

Das, was als Projektstudium gegen die Studien- und Hochschulformierung jeweils zu erreichen ist, kann nicht modellfixierten Normen unterliegen. Vielmehr bedeutet jeglicher Schritt, die Momente des Projektstudiums ansatzweise in allen Dimensionen zu realisieren, bereits eine wichtige Position in der Weiterentwicklung von demokratischer Studienreform. Denn sowohl das Scheitern konkreter Versuche wie auch die erfolgreichen Teilmomente bedeuten nicht nur Erfahrungszuwachs, sondern auch Erweiterung der Erkenntnis über didaktische und methodische Möglichkeiten, über politische und ökonomische Barrieren und über die eigenen praktischen Perspektiven. Diese werden in dem Maße praktisch politisch wirksam, indem sie bei der Masse der Studenten verankert sind und in den täglichen Auseinandersetzungen praktisch erfahren werden. Hierbei ist das Projektstudium ein zentrales Moment, die Einheit von demokratischem Massenkampf und Qualifizierungsprozeß herzustellen. Diese Einheit muß immer wieder neu hergestellt werden durch die praktische Weiterentwicklung von Projektstudium, in dem partiell erreichte Positionen - wie etwa: gesteigertes Interesse der Studenten an der wissenschaftlichen Analyse von Fragen der Berufsperspektive; erste Ansätze kollektiven Lernens und Handelns - gleichzeitig auf eine weitere Entfaltung anhängen. Derartige Kampfpositionen, die die weitere Auseinandersetzung auf ein qualitativ fortgeschrittenes Niveau zu heben in der Lage sind, gilt es immer wieder anzustreben. Dieser Prozeßcharakter der Durchsetzung von Momenten des Projektstudiums bedeutet Projektorientiertes Studium, bedeutet, den bestehenden Studienbetrieb durch zentrale Prinzipien des Projektstudiums - z.B. durch wissenschaftlich aufgearbeitete kollektive Berufspraktika zu verändern. Jedoch darf die Realisierung von Teilaspekten des Projektstudiums nicht abgehoben von den allgemeinen Gesichtspunkten der Projektorientierung geschehen. Jeder Schritt muß die Gesamtheit der Projektprinzipien in sich bergen, er muß deren weitere Entfaltung vorantreiben. Entscheidendes Kriterium dabei ist die Verbindung von Projektorientierung mit dem demokratischen Massenkampf.

1 4.2. Demokratische Studieninhalte

1 1

5 Im Zentrum der Auseinandersetzungen im Bereich der Studienreform bewegen sich die Fragen nach der inhaltlichen Ausrichtung des an den Hochschulen Gelehrten und Gelernten. Zu was soll qualifiziert werden? Welche Wissenschaftsgebiete sind relevant? Welches ist die gesellschaftliche Funktion der jeweiligen Erkenntnis? Dies sind einige Fragen, die die um die Studieninhalte ausgetragenen Konflikte als politische ausweisen.

10 In der Auseinandersetzung mit dem herrschenden Lehrbetrieb haben die fortschrittlichen Studenten die Forderung nach demokratischen Studieninhalten entwickelt. Diese Forderung ist aus der entwickelten Kritik an den herrschenden Lehrinhalten erwachsen, sie zielt auf Ausbildungsinhalte, die den Ausbildungsinteressen der Masse der Studenten als perspektivisch Lohnabhängigen, die den Interessen der werktätigen Bevölkerung entsprechen.

20 Herrschende Lehre und Lehrbetrieb befinden sich im Gegensatz zu den Interessen der Masse der Studenten. Sei es, daß in geisteskonservervativier Manier die tatsächlich inhumanen Verhältnisse im bestehenden Gesellschaftssystem der BRD humanistisch verklärt werden; sei es, daß zur Anpassung der Qualifikationen an die kurzfristigen Verwertungs- und Herrschaftsinteressen des Großkapitals mehr und mehr Wissenschaft in positivistisch abgezielte Teilerkenntnisse zergliedert wird, die die Zusammenhänge ihres gesellschaftlichen Ursprungs und Anwendungsfeldes leugnen; sei es, daß reaktionäre politische Praxis mit der Aura wissenschaftlichen Sachverständes versehen wird: Diese reaktionäre Wissenschaft ist schwerlich in der Lage, auf der Basis der Erkenntnis objektiver Wirklichkeit zur umfassenden, fortschrittlichen Handlungsorientierung der Studenten wie der arbeitenden Bevölkerung beizutragen. Diesem Charakter der herrschenden Lehre entspricht es, daß einer nicht wirklich praxis-reflektierten "Theorie" im Studium eine theorieleose Praxis mit Eintritt in den Beruf folgt.

35 Demgegenüber bestimmen sich demokratische Studieninhalte von den Qualifikationen her, die für eine demokratische Praxis in Ausbildung und auf notwendig sind. Damit umfassen demokratische Studieninhalte in gegenseitiger Verflechtung dreierlei: (vgl. auch Abschnitt 3.1)

40 a) Vermittlung umfassender wissenschaftlicher Qualifikation, die die individuellen Fähigkeiten für wechselnde Arbeitsplatzanforderungen sichert und eine aktive Mitwirkung am technisch-wissenschaftlichen Fortschritt auf wissenschaftlicher Basis ermöglicht.

45 Hierzu gehört die Vermittlung von Gesetzmäßigkeiten von Natur und Gesellschaft, die für das betreffende Anwendungsgebiet relevant sind, ebenso wie die Anleitung zum "Lernen des Lernens", d.h. die Vermittlung von Methoden der Erkenntnisgewinnung zur Weiterentwicklung und flexiblen praktischen Umsetzung erworbener Grundlagenkenntnisse. Demokratische Studieninhalte zielen auf wissenschaftliche Qualifikation auf dem fortgeschrittensten Stand der Erkenntnisse.

50 b) Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse, die die geschichtlichen und gesellschaftlichen Bedingungen des jeweiligen Faches und der späteren Berufstätigkeit erhellen. Hierzu gehört die Behandlung des gesellschaftlichen Verwertungszusammenhangs der perspektivischen Berufsfunktionen ebenso wie die Themati-

sierung von Fragestellungen, die auf einen spezifischen fachlichen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft orientieren.

- c) Qualifizierung zur Wahrnehmung der eigenen fortschrittlichen materiellen und politischen Interessen am Arbeitsplatz. Hierunter fällt insbesondere die wissenschaftliche Erarbeitung von Fragen, die mit einer gewerkschaftlichen Organisierung und kollektiven Praxis der Lohnabhängigen Intelligenz zur wirksamen Veränderung der ökonomischen und politischen Arbeitsbedingungen zusammenhängen.

Der Kampf für demokratische Studieninhalte zielt auf die wissenschaftliche Qualifizierung für eine demokratisch verändernde Praxis.

Dabei sind folgende fünf Gesichtspunkte von entscheidender Bedeutung:

1) Demokratische Studieninhalte thematisieren in gegenseitiger Verflechtung die Bedingungen der individuellen Reproduktion im Arbeitsprozeß und die gesellschaftlichen Bedingungen des Kampfes um die Verwirklichung der demokratischen und sozialen Rechte der arbeitenden Bevölkerung.

Das bedeutet, daß demokratische Studieninhalte eine doppelte Funktion haben, die man nicht aufspalten und isoliert voneinander realisieren kann: die umfassende wissenschaftliche Qualifizierung, die die Disponibilität gegenüber den sich wandelnden Anforderungen des Arbeitsprozesses erhöhen soll, und die Ausbildung des Bewußtseins, daß es notwendig ist, Aneignung, Anwendung und Erarbeitung wissenschaftlicher Erkenntnisse als einen Teilbereich gesellschaftlicher Arbeit zu begreifen, nach seinem Nutzen zu fragen und ihn in den Dienst der Mehrheit der Bevölkerung zu stellen.

2) Demokratische Studieninhalte müssen sich an den objektiven Interessen der Masse der Studenten orientieren und anknüpfen an den Erkenntnisstand und den Grad des politischen Engagements der Studenten. Die Studenten müssen dazu motiviert und befähigt werden, bereits in der Ausbildung ihre Interessen zu erkennen und dafür zu kämpfen.

Objektives Interesse der Studenten ist es, sich in angemessener Zeit bei vertretbarem Arbeitsaufwand die für die Berufsausübung relevanten Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen. Objektives Interesse der Studenten ist weiter, daß die Berufstätigkeit dem Frieden, dem gesellschaftlichen Fortschritt dient. Dieses objektive Interesse bewußt zu machen, erfordert die Einbeziehung der Berufsperspektive in die Studieninhalte. Nur so kann auch die Erkenntnis verbreitet werden, daß es wichtig ist, um Mitbestimmungspositionen in Forschung und Lehre zu ringen.

In dem Maße, wie der Kampf für demokratische Studieninhalte die Veränderung der Ausbildungsbedingungen mitumfaßt, in dem Maße müssen Studieninhalte durchgesetzt werden, die zu einer demokratischen Praxis bereits in der Ausbildung, d.h. zum demokratischen Hochschulkampf qualifizieren.

Es gibt eine demokratische Ausbildung, aber keine "demokratische Wissenschaft". Demokratische Studieninhalte sind kein in sich geschlossenes, widerspruchsfreies, eigenständiges System wissenschaftlicher Erkenntnisse. Konstitutives Element demokratischer Studieninhalte ist der Kampf für die Überwindung der Beschränktheit des herrschenden Lehrbetriebs.

Deshalb ändert sich die Konkretisierung demokratischer Studieninhalte mit dem jeweiligen Studienfach, dem politischen Kräfteverhältnis in Hochschule und Gesellschaft, mit dem Fortschritt der Wissenschaften etc. Beispiele: Gegenüber einer fachbasierten Ingenieurausbildung ist es zweifellos ein Fortschritt, wenn sozialwissenschaftliche Studienkomponenten durchgesetzt werden. Bei den Hauptfach-Sozialwissenschaftlern hingegen verläuft die "Kampffront" bei der inhaltlichen Struktur der Sozialwissenschaft. Oder: Ende der 50iger Jahre waren die sprach-

soziologischen Erkenntnisse über Sprachbarrieren und schichten-spezifische Sozialisation "revolutionär". Seitdem ist der Erkenntnisstand derart fortgeschritten, daß die Auseinandersetzungen sich um die sozioökonomischen Bedingungen und die inhaltliche Orientierung sprachkompensatorischer Erziehung drehen. Oder: Gegen die geisteskonservative Pädagogik ("das Kind", "die gesellschaftlichen Mächte") läßt sich sicherlich die moderne, positivistische Pädagogik mit ihren schichten-spezifischen Differenzierungen ins Feld führen. Dieser gegenüber wiederum ist jene Kritik zu entwickeln, die ihre Positionen materialistisch aus dem Zusammenhang von Sozialisationsprozeß und Produktionsprozeß bezieht.

Wenn auch aus den oben genannten Gründen eine "allgemeingültige" Bestimmung konkreter demokratischer Studieninhalte nicht möglich ist, so lassen sich auf der Ebene der Wissenschaftsinhalte doch einige grundlegende Komponenten benennen, die den Kampf um die Durchsetzung demokratischer Studieninhalte bestimmen:

a) das Erkenntnisinteresse von Wissenschaft aufdecken.....

Hierzu gehört der Kampf für die Herstellung von Bedingungen, unter denen das die Wissenschaftsinhalte jeweils konstituierende Erkenntnisinteresse offengelegt werden muß, unter denen mit einer Lehrmeinung, einem Theorem usw. zugleich auch deren historische und sozioökonomische Bedingungen und Verwendungszusammenhänge aufzuzeigen sind. Schließlich müssen die Methoden zur Gewinnung der jeweiligen Erkenntnis ausgewiesen werden.

Dieser Kampf ist ein wichtiger Ansatzpunkt, um gegenüber einem Lehrbetrieb, der in weiten Bereichen verschult ist oder in blanken Vorurteilen stecken bleibt, überhaupt wissenschaftliche Standards durchzusetzen. Dieser Kampf ist ein Ansatzpunkt, um reaktionäre Wissenschaftsinhalte als solche aufzudecken und fortschrittliche Alternativen durchzusetzen.

Ein wichtiger Schritt ist die Forderung nach lernzielorientierten Studiengängen. Damit werden die Hochschullehrer gezwungen, (endlich einmal) den Stellenwert ihrer Lehre und der von ihnen abgehaltenen Veranstaltungen für das Studium in einzelnen anzugeben. Umso eher werden reaktionäre Lehrpositionen zu bekämpfen sein, je disfunktionaler sie sich gegenüber übergreifenden Ausbildungszielen verhalten. Und umso eher wird eine Auseinandersetzung um die zentralen Zielsetzungen eines Studienganges entbrennen.

b) gegen reaktionäre Lehrinhalte kämpfen .....

Antikommunistische, rassistische, neokolonialistische, militaristische und gewerkschaftsfeindliche Lehrinhalte dürfen nicht geduldet werden. Sie sind ein Instrument der Unterdrückung der demokratischen und sozialen Rechte der arbeitenden Bevölkerung. Wissenschaftspositionen, die in subtilerer Form die Interessen der Reaktion wahrnehmen, bedürfen spezifischer Schritte der praktischen Kritik. Hierzu gehören etwa Lehrmeinungen, die eine weitere Verschärfung unmenschlicher Arbeits- und Lebensbedingungen "wissenschaftlich" legitimieren.

c) fortschrittliche Ansätze im herrschenden Wissenschaftsbetrieb aufgreifen .....

Fortschrittliche Ansätze, die aus der Krise der bürgerliche Wissenschaft und Hochschule resultieren und objektiv zu deren Überwindung drängen, sind aufzugreifen, zu unterstützen und in solidarischer Diskussion weiterzuentwickeln. Als Beispiele wären zu nennen: der Versuch, die einzelwissenschaftliche Zersplitterung zu überwinden; die Orientierung der Erkenntnisse an den demokratischen Rechten der arbeitenden Bevölkerung; die Ermittlung von Fakten zur sozialschädlichen Rolle des Monopolkapitals (z.B. in Fragen der Umweltverschmutzung), die Weigerung, an Vernichtungswissenschaft mitzuwirken usw.

d) Den Marxismus an der Hochschule verankern.....

Das Großkapital und seine politischen und "wissenschaftlichen" Exponenten reden viel vom Wissenschaftspluralismus. Für sie ist er das Schutzschild, hinter dem sie das in Wahrheit bestehende Wissenschaftsmonopol der bürgerlichen Wissenschaft verstecken und verteidigen. Wenn Wissenschaftspluralismus bedeutet, "einer Vielfalt von methodologischen und wissenschaftstheoretischen Ansätzen in der Universität Raum zu geben", dann muß der Marxismus als erkenntnistheoretische und praktische Alternative zur herrschenden bürgerlichen Wissenschaft seinen Platz an der Hochschule erhalten.

Dazu ist es notwendig, daß Marxisten die marxistische Wissenschaft vertreten, und nicht, daß in marxologischer Manier der Marxismus verfälscht wird.

Gerade der Marxismus trägt dazu bei, den Studenten die Einsicht in ihre aktuelle und perspektivische gesellschaftliche Lage zu vermitteln, ihnen die Gemeinsamkeit ihrer Interessen und der Interessen der lohnabhängig Arbeitenden aufzuzeigen und sie zur aktiven und organisierten Wahrnehmung ihrer Interessen im Kampf an der Seite der Arbeiterklasse zu qualifizieren.

Der Kampf um demokratische Studieninhalte, um eine ungehinderte Auseinandersetzung der marxistischen Wissenschaft mit der herrschenden Wissenschaft ist untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen die Diskriminierung demokratischer Wissenschaftler, mit dem Kampf gegen das Berufs- und Berufsverbot, von dem Demokraten, Sozialisten und Kommunisten betroffen sind, und dessen Funktion es ist, durch Einschüchterung alle fortschrittlichen Ansätze zu unterbinden.

4) Demokratische Studieninhalte umfassen das Studium als Ganzes, sie lassen sich nicht isoliert in den verselbständigten Segmenten wissenschaftlicher Teilbereiche verwirklichen.

Es wäre ein Widerspruch in sich, wollte man die Demokratisierung der gelehrten und gelernten Inhalte isoliert an einer überkommenen Disziplin der bürgerlichen Wissenschaft betreiben. Denn die Zersplitterung der Wissenschaft in verselbständigte Teilbereiche ist das Resultat gesellschaftlicher Verhältnisse, die nur ein begrenztes Interesse an der wissenschaftlichen Erkenntnis und Beherrschung von Natur und Gesellschaft zulassen und die die Wissenschaft als keinen Teilbereich gesellschaftlicher Arbeit dem Prinzip der maximalen Ausbeutung der Arbeitskraft im Dienste des Profits unterstellen. Deshalb ist es eine unabdingbare Forderung, durch die Interdisziplinarität des Studiums zu gewährleisten, daß die Gesetzmäßigkeiten von Natur und Gesellschaft, die für eine demokratische Lern- und Berufspraxis in dem betreffenden Anwendungsgebiet relevant sind, vermittelt werden.

Das Ausbildungsziel "demokratische Berufspraxis" begründet die Forderung nach gesellschaftswissenschaftlichen Komponenten in allen Studiengängen. In allen Studiengängen müssen die Bedingungen dafür erkämpft werden, daß

- die Studiensituation im Hinblick auf die eigene aktuelle und perspektivische gesellschaftliche Lage in Ausbildung und Beruf aufgearbeitet wird,
- Erkenntnisse über den gesellschaftlichen Verwertungszusammenhang des eigenen Studienfaches, der Studieninhalte sowie der späteren Berufstätigkeit vermittelt werden,
- Probleme der eigenen Berufsqualifikation im Hinblick auf die Konzipierung der weiteren Ausbildung thematisiert werden,
- der wissenschaftliche Zugang zu marxistischen Fragestellungen, Kategorien und Erkenntnissen eröffnet wird.

Diese Forderungen gilt es, besonders in der Anfängerausbildung - auf die konkreten Bedingungen bezogen - zu verwirklichen.

5) Die Forderung nach demokratischen Studieninhalten umfaßt auch die Formen der Aneignung wissenschaftlicher Qualifikationen durch den Studenten. Sie beschränkt sich nicht auf die Inhalte dozierter Lehrmeinungen.

Es gilt, die entsprechenden Lernbedingungen zu schaffen, die den Qualifikationsprozeß der Masse der Studenten auf eine fortschrittliche Praxis in der Gesellschaft strukturieren. Es besteht eine Korrelation zwischen dem Einrichten bürgerlicher Wissenschaft im akademischen Lehrbetrieb und der ideologischen Fungibilität des traditionellen Akademikertums für die Herrschafts- und Verwertungsinteressen der Monopolbourgeoisie. Im Umkehrschluß läßt sich zwar diese Fungibilität nicht durch Veränderung der Formen des Lernens überwinden, doch die kollektive Selbstaktivierung der Studenten für und in ihrem Lernprozeß ist eine entscheidende Bedingung dafür, daß theoretisch-kritische Einsichten praxisbezogen gewonnen und praxisrelevant umgesetzt werden.

Demokratische Studieninhalte zielen auf einen aktiven und bewußten wissenschaftlichen Lernprozeß, auf die Überwindung rezeptiven Lernens. Deshalb erstreckt sich die Forderung nach demokratischen Studieninhalten nicht allein auf dozierte Lehrmeinungen. Solche Lehrinhalte bilden einen wichtigen Teilaspekt des Lernprozesses. Hochschullehrer üben aufgrund ihrer Lehr- und Prüfungskompetenzen und ihres durchschnittlichen Erkenntnis- und Informationsvorsprunges einen zentralen Einfluß auf den Lernprozeß der Studenten aus. Deshalb müssen Berufungskämpfe einen hervorragenden Platz in der hochschulpolitischen Auseinandersetzung haben. Doch der Kampf um Studieninhalte umfaßt mehr: studentische Kritik der herrschenden Lehre, durch entsprechende Rechte abgesichert; Möglichkeiten zu eigenen individuellen und kollektiven Studien; Lernen als reflektierte oder emotionale Praxiserfahrung.

Der Kampf um demokratische Studieninhalte wird sich demgemäß auch nicht in abstrakter Kritik an herrschenden Lehrauffassungen erschöpfen können. Es geht vielmehr darum, in der Kritik an der herrschenden Lehre deren fehlende Praxis-Reflexion zu durchbrechen, d.h. die praktische Verwendung der jeweiligen Wissenschaft mit zum Gegenstand wissenschaftlicher Reflexion zu machen. Das Kriterium der Praxis erlaubt es, gerade fortschrittliche Teilerkenntnisse der bestehenden Wissenschaft aufzugreifen, um sie in eine Handlungsorientierung für eine demokratische Praxis einzubeziehen, sie in diesem Praxisbezug weiterzuentwickeln.

1 4.3 Einheitlichkeit des Studiums

Die Uneinheitlichkeit ist ein Kennzeichen der überkommenen Ausbildungsstrukturen im tertiären Bildungssektor. Während beispielsweise die Ausbildung von Gymnasiallehrern, den sog. Philologen, auf alter Universitätstradition beruht, hat sich die Volksschullehrerausbildung an Sonderinstitutionen - vom "Seminar" bis hin zur PH - mit "pragmatischer", "volksnaher" Ausrichtung gehalten. Ähnliche überkommene ständische Gliederungen sind etwa auch an der Ingenieurausbildung festzumachen (TH - Technikum/Fachhochschule). Die ständig wachsenden theoretischen Anforderungen an größere Teile der gesellschaftlichen Arbeitskraft machen eine Verwissenschaftlichung auch der <sup>bisher</sup> subuniversitären Ausbildungsgänge notwendig. Gleichzeitig wird eine größere Variabilität und Durchlässigkeit der wissenschaftlichen Ausbildung erforderlich (vgl. Abschnitt 2.). In den herrschenden Entwicklungstendenzen der Hochschulausbildung wird dem jedoch nur verzerrt und verkürzt Rechnung getragen. Die Lehrerausbildung wird auf den sog. "Stufenlehrer" umstrukturiert, doch die alten Hierarchien - nunmehr zwischen Unterstufen-/Mittelstufen- und Oberstufenlehrer, zwischen "einfachem Lehramt" und "erweitertem Lehramt" - werden verfestigt. Die Ingenieurausbildung wird strukturell angeglichen - tendenziell in Gesamthochschulen -, doch die Trennung von "anwendungsorientierten" und "wissenschaftsorientierten" Studiengängen wird weiter verschärft. Bei formaler Vereinheitlichung - d.h. der Hochschulbezeichnungen, der Abschlußgrade, u.ä. - soll der Masse der Studenten ein Kurzstudium verordnet werden, nur wenigen wird eine intensive wissenschaftliche Ausbildung eingeräumt. Während 1969 (exemplarisch nach den Zahlen des Bildungsgesamtplan-Zwischenberichts 1971, VI B / 35 - 38) der Anteil der "Kurzstudenten" 25,3 % betrug, sollen 1985 bereits 49,1 % der Studienanfänger in ein Kurzstudium eingeschleust werden. Wo Gesamthochschulen eingerichtet werden, verfolgen sie mehr das Ziel einer "Durchlässigkeit nach unten". Diese im Strukturkonzept der Herrschenden verfolgte Polarisierung der Studenten folgt einmal der sich zuspitzenden Arbeitszerlegung und Arbeitsteilung in technisch-wissenschaftlichen Bereichen des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses, zum andern jedoch resultiert sie aus der chronischen Unterfinanzierung des allgemeinen Bildungswesens. Dies mußte das BMBW offen zugeben, als es an Staat und Unternehmer - als den perspektivischen "Arbeitgebern" - die Aufforderung richtete, Tätigkeitsfelder für die stark überproportional einzurichtenden Kurzstudiengänge alsbald zu entwickeln, damit die Arbeitsplatzstruktur nicht völlig der - politisch gesetzten - Struktur der Hochschulausbildung zuwiderläuft (Vorlage an den Hochschulbauplanungsausschuß vom 15.9.72)!

Wie wenig das proklamierte Postulat, daß "hierarchische Strukturen und Organisationsformen abzubauen sind", daß "die Trennung ... zwischen den Hochschulformen abgebaut werden muß" (Bildungsbericht '70 der Bundesregierung) tatsächlich eingelöst wird, ist auch an dem um sich greifenden Sonderhochschul-Wesen, angefangen mit Bundeswehrhochschulen, zu ersehen. Immer größere Teile des Hochschulwesens sollen nach den Plänen und Maßnahmen der Kultusministerien, des BDI, usw. den allgemeinen Prinzipien wissenschaftlicher Ausbildung und dem öffentlichen Zugang, sollen der demokratischen Kontrolle entzogen werden. Statt Einheitlichkeit: Undemokratische Splitterung der Hochschulen, des Bildungswesens insgesamt.

- 1 Die Herstellung der Einheitlichkeit der Ausbildung, insbesondere des Hochschulstudiums, ist ein zentrales Ziel der demokratischen Studienreform. Diese Zielsetzung umfaßt:
- 5 a) Die für eine demokratische Studienreform formulierten Kampf-Prinzipien und Forderungen gelten für alle Teile des Hochschulwesens; die erarbeiteten Kriterien einer wissenschaftlichen und demokratischen Qualifikation gelten für alle Studiengänge. Notwendige Differenzierungen der Qualifikation nach Fächerschwerpunkt, Berufsperspektive usw. dürfen nicht zur politischen Spaltung der Studenten, zur Spaltung der Kampffront des demokratischen Massenkampfes führen.
- 10 b) Die Absonderung des Hochschulwesens als getrennter Bereich des Ausbildungssystems muß überwunden werden. Die Hochschulen müssen gegenüber den anderen Bereichen des Bildungswesens - insbesondere Schule, Berufsbildung, Erwachsenenbildung - geöffnet werden. Brechung des Bildungsprivilegs der Herrschenden; gleiche Ausbildungschancen für alle!
- 15 c) Sicherstellung umfassender wissenschaftlicher Qualifikation, d.h. Verhinderung einer verengten Spezialisierung durch die Gewährleistung eines komplexen Spektrums an Studienveranstaltungen für fachübergreifende und interdisziplinäre Lernprozesse. Organisierung eines flexiblen Fort- und Weiterbildungssystems an den Hochschulen.
- 20
- 25

Im Kampf um eine wissenschaftliche und demokratische Ausbildung für alle Studenten, im Kampf um die demokratische Öffnung der Hochschulen muß die Einheit des studentischen Massenkampfes - politische Einheit der Studenten, politische Einheit mit dem Kampf aller fortschrittlichen Kräfte - stets neu manifestiert werden. Dieser Kampf muß in engster Verknüpfung mit dem Kampf um ein einheitliches Schulwesen stehen. Er muß selbst, in der Verbindung von Lernen und politischer Aktion, einheitlich organisiert, die Qualifizierung der Masse der Studenten für eine demokratische Berufspraxis hervorbringen. Deshalb ist demokratische Studienreform der Kampf um die Realisierung von Studienbedingungen an den Hochschulen, die die Herstellung einer einheitlichen Kampffront und die einheitliche Qualifizierung zu wissenschaftlich-demokratischer Praxis strukturell vorantreiben. Dies bedeutet:

30

35

40

- 1) Kampf gegen den Numerus clausus und gegen Hochschuleingangsprüfungen jedweder Art (Zulassungsprüfungen, Probesemester, usw.)
- 45 2) Kampf gegen die rigide Trennung der Studiengänge in "anwendungsbezogenes Kurzstudium" und "forschungsbezogenes Langstudium". Es dürfen keine Ausbildungssackgassen bestehen, d.h. es muß jederzeit die Möglichkeit gegeben sein, den Qualifikationsprozeß zu erweitern, z.B. sich nach dem Abschluß eines Studiums weiterzuqualifizieren.
- 50 3) Integration der Erwachsenen- und Weiterbildung in die Hochschulen. Vermittlung breiter wissenschaftlicher Grundlagenqualifikation in allen Studiengängen.
- 55 4) Realisierung der Einheitlichkeit der Ausbildung für die Masse der Studenten über die Verbindung von fachlicher und politischer Qualifikation für die jeweils spezifische Berufsperspektive.

- 1 D.h. insbesondere, daß der Kampf um die Qualifizierung der 1  
Masse der Studenten zur Erkenntnis der eigenen gesellschaftlichen  
 Lage und Perspektive und zur organisierten Wahrnehmung der eige-  
 5 nen Interessen in Ausbildung und Beruf einheitlich in allen  
 Fachbereichen und an allen Hochschulen geführt werden muß, kon- ;  
 kretisiert jedoch auf die jeweilige Berufsperspektive.
- 5) An den Hochschulen müssen einheitliche Ausbildungsbedingungen  
 geschaffen werden:  
 10 Konsequente Verwirklichung der integrierten Gesamthochschule. 10  
 Keine Sonderhochschulen.  
 Keine Aufsplitterung der Hochschule in Forschungs- und Lehrbereiche
- 6) Es sind integrierte Studiengänge zu schaffen. Die Integration  
 15 der Studiengänge muß in jeder Ausbildungsphase eine flexible 15  
 Wahl von Schwerpunktgebieten und Erweiterung/Umstrukturierung  
 des Fächerspektrums gewährleisten. Diese Integration ist wesent-  
 lich über Projekte zu leisten.  
 20 Besondere Priorität muß bei der Realisierung einer integrierten  
 Grundphase des Studiums liegen. 20
- 25
- 30
- 35
- 40
- 45
- 50
- 55

#### 4.4 Demokratisierung der Prüfungen

Das gegenwärtige Prüfungswesen an den Hochschulen der BRD stellt ein wesentliches Element zur Absicherung der staatlichen Formierung des gesamten tertiären Ausbildungssektors dar. Den Prüfungen kommt die Aufgabe zu, über verschiedenste Formen der Leistungs- und Wissenskontrolle die ungehinderte Durchsetzung staatlicher Bildungspolitik in ihrer Ausrichtung auf die Kapitalinteressen zu ermöglichen bzw. zu garantieren.

Prüfungsformierung ist somit selbst unmittelbarer Bestandteil der staatlichen Formierungspolitik und gewinnt zunehmende Bedeutung bei der Frage, wie umfassend und wie reibungslos die herrschende Studienformierung vorangetrieben wird. Notwendigerweise müssen daher im Kampf um eine demokratische Studienreform die Forderungen nach Demokratisierung der Prüfungen integraler Bestandteil sein.

##### 4.4.1 Das gegenwärtige Prüfungswesen

Die herrschende Studienformierung wird durch die bestehenden Strukturen, Inhalte und Funktionen des Prüfungswesens im wesentlichen in vier unterscheidbaren Bereichen abgesichert:

1) Prüfungen dienen der Kontrolle "angepäßter" Qualifikationen der Studierenden. Unkritische Pauken von in Prüfungen verlangtem Fachwissen, die bloße Wiedergabe eingetrichterten Wissens ohne Überprüfung der Anwendbarkeit, weil diese kein Prüfungsstoff ist, die Lehrmeinung des Prüfers als Maßstab der Prüfungsvorbereitung, fehlende Mitbestimmung in den Prüfungsausschüssen, fehlende Transparenz bei der Beurteilung, das sind einige zentrale Aspekte, die nichts weiter begünstigen, als die eigentlich wichtige Auseinandersetzung mit den bestehenden Lehrinhalten, die umfassende Qualifikation für die spätere Berufspraxis, zu verdrängen, zugunsten der Anpassung an die geforderte, vom Staat diktierte Qualifikation, wie sie in zentralen Studien- und Prüfungsordnungen festgelegt werden.

2) Prüfungen dienen als innere Selektionsmechanismen der Steuerung der Studentenzahlen.

Sie ergänzen den administrativen äußeren NC durch ein System von im Studium verankerten Schleusen und Sieben und werden somit zum direkten Inneren NC. Die Festschreibung auf eine höchstens zweimalige Wiederholbarkeit von Prüfungen, die Variierbarkeit der Notengebung, die Festsetzung von "Durchfall-Kontingenten" und die beliebige Ausweitung von Prüfungen auf Zwischenprüfungen, Seminar- bzw. Praktikumseingangsprüfungen etc. sind Maßnahmen, die es jederzeit ermöglichen, aktuelle Anpassungen an veränderte Bedarfsstrukturen durchzusetzen.

Zahlreiche Pächter verzeichnen seit langem hohe Schwundquoten durch die Abwanderung der Studenten, die zumindest zu einem wesentlichen Teil Folge einer Verschärfung der inneren Selektion und Kapazitätslenkung durch Prüfungen sind. Die Korrektur der input-output-Relation der Hochschulen im Interesse einer an den Arbeitskräfteerfordernissen der Großkonzerne angelehnten Bedarfsplanung erfährt eine flankierende Absicherung durch aktuelle Verschärfungen im Prüfungswesen.

Es wäre allerdings verkürzt, diese Funktionsbestimmung von Prüfungen im Sinne eines reibungslosen, mechanischen Prozesses zu sehen. Sowohl die prinzipielle Unmöglichkeit, eine rationale und langfristige Bedarfsplanung für den kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozeß zu entwickeln, als auch die durch den aktuellen Stand des Kräfteverhältnisses bedingte Durchsetzbarkeit von Verschärfungen im Prüfungswesen sind Momente, die jeweils den Grad der Selektions- und Lenkungsfunction von Prüfungen mitprägen.

3) Prüfungen dienen der Verschärfung des Leistungsdrucks und des Konkurrenzverhaltens der Studenten untereinander.

Die Ausweitung des Prüfungssystems zu einem System der permanenten Jagd nach formalen Berechtigungen, weiterstudieren zu können, gleichzeitig aber vorgeschriebene Studienzeiten nicht zu überschreiten, führt zu einer enormen Verschärfung irrationalen Leistungsdrucks und der ständigen Zuspitzung von Konkurrenzverhalten der Studenten untereinander. Die Prüfungsvorbereitung, die Jagd nach Scheinen und Zeugnissen wird zur eigentlichen Studienmotivation der Studierenden. Die wissenschaftliche Qualifikation und die Vorbereitung auf eine demokratische Berufspraxis - die eigentlichen Grundlagen einer Studienmotivation - werden weitgehend verhindert; es ist gerade die Unterordnung unter verschärftem Leistungsdruck, die Anpassung an die geforderte Leistungskontrolle, die weit eher ein "erfolgreiches" Abschneiden des Einzelnen garantiert als die kritische Auseinandersetzung mit herrschenden Lehrinhalten und die Entwicklung aktiven Engagements für eine demokratische Studienreform. Vor allem die konkurrenzfördernde Vereinzelung der Studenten bei der Bewältigung der Prüfungsanforderungen steht im krassem Gegensatz zur Notwendigkeit kollektiven Lernens und Forschens, einer auf Teamarbeit ausgerichteten späteren Berufspraxis und den Bedingungen solidarischer, gewerkschaftlicher und politischer Interessenvertretung.

4) Prüfungen dienen der politischen Disziplinierung der Studenten

Die Tatsache, daß oftmals zum Maßstab der Prüfung die Wissenschaftsauffassung des Prüfenden gemacht wird, bietet ein weites Spektrum der politischen Disziplinierung des Prüflings. Politisches Engagement an der Hochschule, die Organisierung in einer hochschulpolitischen Gruppe, die Vertretung einer anderen Wissenschaftsauffassung als der des Prüfers werden zu Kriterien der Bewertung der Prüfung. Eine einmal praktizierte politische Disziplinierung eines Prüflings erlangt einen gezielten Einschüchterungseffekt gegenüber allen potentiellen Prüflingen. Politische Disziplinierung eines einzelnen weitet sich aus zur politischen Disziplinierung der Studenten insgesamt, zur Unterdrückung jedes kritischen Engagements. Zusätzlich stellt die weitgehende Übereinstimmung zwischen abgefragten Prüfungsinhalten und herrschenden bürgerlichen Lehrinhalten einen geeigneten Nährboden für die Ausmerzungen alternativer fortschrittlicher Lehrinhalte im gesamten Lehrangebot dar. Zusätzliche Ergänzungen dieser vornehmlich durch reaktionäre Professoren praktizierten politischen Disziplinierung finden solche Maßnahmen in staatlich verordneten zentralen Prüfungskriterien bzw. ganzen Prüfungsordnungen.

4.4.2 Tendenzen des Prüfungswesens im Zuge der staatlichen Formierung

Vergleicht man die Analyse des gegenwärtigen Prüfungssystems, wobei zu beachten ist, daß die oben angeführten 4 unterscheidbaren Bereiche nur schwerpunktmäßig die verschiedensten Aspekte zusammenfassen und nicht etwa Grundfunktionen einer jeden Prüfung sind, mit den absehbaren Planungen und Konzeptionen der staatlichen Bildungsplaner in Sachen "Prüfungsreform", so lassen sich die Haupttendenzen des Prüfungswesens für die kommenden Jahre zusammenfassen.

- Das Prüfungswesen wird in stärkerem Maße der Fachaufsicht des Staates unterstellt werden.

Die Entwicklung zentraler Institute für Prüfungsfrage, wie ein derartiges bereits in der Medizin existiert, wird vorangetrieben. Außerhalb jeder demokratischer Kontrolle durch die Betroffenen werden entscheidende inhaltliche Formierungsmaßnahmen durch den Erlaß zentraler Prüfungsordnungen und Studienordnungen präjudiziert.

- Die Prüfungsformierung wird zum "Schrittmacher" der Studienformierung  
 Prüfungsordnungen werden durch das Ausmaß der inhaltlichen Fest-  
 schreibung des Studienganges zu eigentlichen rigiden Studienordnungen.  
 In direkter Verbindung werden daher in Zukunft verstärkt zentrale  
 Prüfungs- und Studienordnungen in einem Guß vom Staat aufge-  
 zwungen.

Einschneidende Vorherbestimmtheit der Curriculumentwicklung im ein-  
 zelnen Studienfächern wird die Folge sein. Der bislang absehbare  
 zeitliche Verlauf der Prüfungsformierung soll jede inhaltliche  
 Reforminitiative abblocken.

Insbesondere die Zementierung von Elite- und Helotenstudium durch  
 Verankerung der Regelstudienzeiten wird ein entscheidender Inhalt  
 in den zentralen Prüfungsordnungen sein. Die Festschreibung von  
 Prüfungskriterien, Einschränkung der Prüferwahl, abschließend aufge-  
 führte Fächerkataloge sind der entscheidende Hebel, den gesamten  
 Studiengang selbst einschließlich der Lehrinhalte in den Griff zu  
 kriegen und den Profitinteressen der Monopole nach kurzfristig verwert-  
 baren, teilqualifizierten Fachidioten einerseits und einer kleinen  
 Elite hochspezialisierter Führungs- und Leistungskader andererseits anzu-  
 passen.

- Das Prüfungswesen wird zum System permanenter Selektion und Lenkung  
 der Studentenzahlen ausgebaut

Sowohl Hochschuleingangsprüfungen, die verschärfte Handhabe bestehender  
 Prüfungsordnungen und die Verabschiedung neuer Auflagen von PO's als auch  
 die partielle Auslagerung von Prüfungen in Form von Industrie-Eingangs-  
 prüfungen als zusätzliches Mittel fachlicher und ideologischer  
 Selektion werden Maßnahmen sein, die - bereits vielfach propagiert  
 und teilweise schon entwickelt - in der nächsten Zeit in weitaus  
 verstärktem Maße auf die Hochschulen zukommen werden.

Da ein System umfassender Studienberatung, wie es einmal im Bildungs-  
 gesamtplan angestrebt wurde, mehr und mehr dem Rotstift zum Opfer  
 fällt, wird das Prüfungswesen als billiges Selektionssystem ent-  
 scheidenden Anteil daran haben, Studentenströme effizient und perma-  
 nent korrigieren, anleiten und aussieben zu können.

Diese Entwicklung wird einhergehen mit der noch drastischeren Handhabe  
 des äußeren Numerus clausus, wie sie sich im vergangenen Jahr  
 durch die Schließung ganzer Universitäten bereits angekündigt hat.

4.4.3 Prinzipien des Prüfungskampfes

Prüfungskampf ist Kampf in einem entscheidenden Bereich des Hochschul-  
 kampfes insgesamt. Er reflektiert die engen Beziehungen zwischen  
 Prüfungsformierung und Studienformierung und trägt der Tatsache  
 Rechnung, daß die Herrschenden die Studienformierung entscheidend  
 dadurch vorantreiben, daß sie die In-griffnahme des Prüfungswesens  
 ausbauen.

Prüfungskampf muß daher zum Ziel haben, Kampfpositionen zu erringen,  
 die, eingeordnet in den Kampf um eine demokratische Studienreform,  
 dem Ausbildungsziel einer demokratischen Berufsausbildung Rechnung  
 tragen. Wegen dieses Zusammenhanges kann es nicht darum gehen,  
 die generelle Abschaffung des Prüfungssystems zu fordern.

Der Kampf um eine Demokratisierung des Prüfungswesens, einer Prüfungs-  
 ordnung oder der Prüfungspraxis, muß immer bezogen werden auf die  
 aktuellen und langfristigen Forderungen in Bezug auf die Demokratisierung  
 der Ausbildung insgesamt.

Kampf für freie Themen oder Prüferwahl bedeutet immer, zugleich  
 den Kampf für fortschrittliche Lehrinhalte, Berufung fortschritt-  
 licher Hochschullehrer usw. zu führen.

1 Ebenfalls wird es darauf ankommen, die Forderung für eine demokratische  
 5 Studienreform immer einmündig zu lassen in Forderungen und Kampfziele  
 für die Veränderung des bestehenden Prüfungssystems. Wird z.B.  
 in der Medizin für eine sinnvolle Einordnung sozial- und arbeits-  
 10 medizinischer Lehrinhalte in das offizielle Lehrangebot als Beitrag  
 zu einer demokratischen Mediziner- und Lehrreform bekämpft, so  
 gilt es, eine solche Forderung zu verbinden mit Forderungen zur  
 Veränderung der Prüfungsinhalte und der Prüfungsordnung selbst.  
 Der konkrete Ansatz wird sich in seinem Schwerpunkt jeweils fest-  
 15 machen lassen an der aktuellen Situation im Studienfach, möglicher  
 Angriffe der Kultusbürokratie oder neuer Unverschämtheiten reaktionärer Pro-  
 fessoren im Fachbereich. Allen Versuchen, der Kritik am bestehenden Prüfungs-  
 wesen und dem Kampf um dessen Veränderung mit der Demagogie "vom  
 Leistungsabbau" und der Ideologie vom Menschen, der "von Natur aus  
 20 faul ist" zu begegnen, muß entschieden entgegengetreten werden.  
 Leistung im Qualifikationsprozeß kann immer nur heißen, ihren  
 Inhalt an den Interessen der den gesellschaftlichen Reichtum  
 produzierenden Menschen, der arbeitenden Bevölkerung, oder an den  
 Interessen der privaten Mächtigsten dieses Reichtums zu orientieren -  
 Leistung für die große Mehrheit der Bevölkerung oder für die  
 kleine Schaar der Konzernherren- und nicht "Leistung ja oder nein" -  
 heißt die Alternative.

25 Demokratisierung im Prüfungswesen kann nur erzielt werden, wenn  
 es gelingt, im studentischen Massenkampf inhaltliche Veränderungen  
 der Prüfungen zu verbinden mit der Durchsetzung von Transparenz  
 und demokratischen Entscheidungsprozessen. Der Kampf um Öffentlichkeit,  
 Mitbestimmung im Prüfungsausschuß, freie Wiederholbarkeit und  
 30 Einspruchsrecht bei Prüfungsentscheidungen wird somit zum integralen  
 Bestandteil des Kampfes um die Demokratisierung der Hochschule  
 in allen Bereichen.

Besonders an den Prüfungen wird sichtbar, daß die Verbindung mit dem  
 Kampf um Demokratisierung aller Lebensbereiche, insbesondere um  
 Mitbestimmung in den Unternehmen, eine entscheidende Erfolgs-  
 35 bedingung für den demokratischen Hochschulkampf ist.

Der Kampf um Demokratisierung der Prüfungen wird ins Leere gehen,  
 solange das Großkapital die Möglichkeit hat, durch Schaffung  
 eigener nicht kontrollierbarer Prüfungsinstanzen die öffentlichen  
 Prüfungen faktisch außer Kraft zu setzen.

#### 40 4.4.4 Forderungen zur Demokratisierung des Prüfungswesens.

Ausgehend von den Prinzipien des Prüfungskampfes, die den strategischen  
 Stellenwert des Kampfes um die Demokratisierung des Prüfungswesens  
 im Rahmen des studentischen Massenkampfes für eine demokratische  
 45 Studienreform zusammenfassend darstellen, müssen folgende  
 spezifische Forderungen für die Veränderung des momentanen  
 Prüfungssystems an den Hochschulen der BRD durchgesetzt werden.

- Demokratische Kontrolle der Prüfungen  
 Prüfungen müssen grundsätzlich öffentlich sein.

50 In Prüfungsausschüssen ist die studentische Mitbestimmung zu gewähr-  
 leisten. Jeder Prüfling hat Einspruchsrecht bei Prüfungsentscheidungen.  
 Die Beurteilung der Prüfungen muß offengelegt und begründet werden.

- Demokratische Prüfungsreform muß Hand in Hand gehen mit demo-  
 55 kratischer Studienreform

Prüfungsregelungen dürfen die an der Hochschule betriebene  
 Studienreform nicht blockieren. Insbesondere müssen Experi-  
 60 mentierklauseln für die Studienreform vorgesehen werden.

- Kampf gegen soziale Selektion durch Prüfungen

Die Verankerung von Hochschuleingangsprüfungen ist zu verhindern. Zwischenprüfungen sollen allein dazu dienen, den Stand der erreichten Qualifikation zu überprüfen und den Studenten für die weitere Qualifikation Orientierungshilfe zu geben.

Deshalb müssen Durchfall-Kontingente verboten werden.

Auf lange Sicht muß die differenzierte Benotung abgeschafft werden, zugunsten einer Beurteilung, die nur generell „bestanden“ oder „nicht bestanden“ feststellt. Es muß verhindert werden, daß bei bestehender differenzierter Benotung durch eine Verschärfung der Notengebung von hinten herum Durchfall-Kontingente eingeführt werden.

Die beliebige Wiederholbarkeit von punktuellen Prüfungen ist zu sichern.

#### - Kampf gegen politische Disziplinierung durch Prüfungen

Prüfungsinhalte müssen dem erkämpften Stand der Studieninhalte entsprechen.

Die freie Wahl des Prüfers muß gewährleistet sein. Jeder Prüfling muß seine Prüfungsthemen im Rahmen seiner inhaltlichen Schwerpunktsetzung im Studium frei wählen können. Keine Disziplinierung fortschrittlicher Professoren durch Entzug des Prüfungsrechts!

Allen Lehrenden muß das Prüfungsrecht gesichert sein.

Reaktionäre Wissenschaftsauffassungen des Prüfers dürfen nicht Maßstab der Prüfungsbeurteilung sein. Die politisch-gewerkschaftliche Betätigung von Studenten muß der Beurteilung reaktionärer Professoren entzogen werden.

#### - Wissenschaftliches Prüfen

Prüfungen müssen dem Stand des wissenschaftlichen Arbeitens entsprechen. Kollektive Prüfungen, kumulative Beurteilungen, Selbstbestimmung des Prüfungsthemas müssen möglich sein.

Der beratende Charakter von Zwischenprüfungen muß in Form von Studienbegleitenden Prüfungen durchgesetzt werden.

Bei punktuellen Prüfungen muß jeder Prüfling die Form der Prüfungen frei wählen können.

1

1

5. Forderungsprogramm für eine demokratische Studienreform

5

E N

FÜR EINE WISSENSCHAFTLICHE AUSBILDUNG  
MIT DEMOKRATISCHEN STUDIENINHALTEN UND LERNFORMEN!

FÜR MITBESTIMMUNG IN LEHRE UND FORSCHUNG!

10

10

FÜR EINE STUDIENREFORM DURCH DIE HOCHSCHULEN UND FACHBEREICHE  
UNTER EINBEZIEHUNG DER GEWERKSCHAFTEN!

Die Studienreform kommt nicht voran.

15

Großkapital, Kultusbürokratie und "Bund Freiheit der Wissenschaft" verfolgen das Ziel, Ausbildung und Forschung vollends in den Würge-15  
griff reaktionärer Interessen zu nehmen. Das Studium soll "mo-  
dernisiert" werden. Doch selbst davon kann keine Rede sein. Im  
Vordergrund stehen vielmehr Einsparung von Kapazitäten und  
herrschaftsmäßige Absicherung: Studienreform als "Kapazitäts-  
politik", Diskriminierung fortschrittlicher Hochschullehrer, 20  
Berufsverbot gegen Marxisten, Maulkorb für Tutoren, usw. Eine  
solche "Studienreform" der Herrschenden verschärft die Aus-  
bildungssituation und verengt die Qualifikation der Auszubil-  
denden. Was wir dagegen brauchen ist eine umfassende wissen-  
schaftliche Ausbildung, die zur aktiven Bewältigung fach- 25  
licher Anforderungen und zur Erkenntnis objektiver gesell-  
schaftlicher Zusammenhänge, zur kollektiven Wahrnehmung der  
eigenen fortschrittlichen Interessen jetzt und im Beruf  
befähigt.

20

20

25

25

30

GEGEN DIE RIGIDE TRENNUNG DER STUDIENGÄNGE IN "ANWENDUNGSBE- 30  
ZOGENES KURZSTUDIUM" UND "FORSCHUNGSBEZOGENES LANGSTUDIUM"!  
FÜR DIE KONSEQUENTE VERWIRKLICHUNG DER INTEGRIERTEN GESAMT-  
HOCHSCHULE!

35

35

WEG MIT DEM NUMERUS CLAUSUS!

FÜR EINE WISSENSCHAFTLICHE UND DEMOKRATISCHE AUSBILDUNG!

40

Dohnanyi, Maier und die KMK wollen die Fachaufsicht des Staates  
über die Hochschulen verhängen. Über ein Instrumentarium, das  
alle Kompetenzen für die Studienreform, für Prüfungs- und 40  
Studienordnungen bei den Kultusministern bündelt, wollen sie  
sich Studium und Lehre gefügig machen. Fachbereichen, die  
alternative Studienprogramme planen, wird mit Entzug der Gelder  
und Nichtbewilligung von Planstellen gedroht.

45

45

KEINE FACHAUFSICHT DES STAATES ÜBER DIE HOCHSCHULE, KEIN  
INSTRUMENTARIUM ZUR FORMIERUNG DES STUDIUMS!

50

50

VOLLE KOMPETENZ FÜR STUDIENREFORMKOMMISSIONEN UND STUDIEN-  
REFORMKONFERENZEN DER FACHBEREICHE UND HOCHSCHULEN UNTER  
EINBEZIEHUNG DER GEWERKSCHAFTEN!

55

55

GLEICHBERECHTIGTE MITBESTIMMUNG DER STUDENTEN,  
GLEICHBERECHTIGTE MITBESTIMMUNG AUCH DER NICHTWISSENSCHAFTLICHEN  
MITARBEITER IN ALLEN FRAGEN DES STUDIUMS, DER LEHRE UND FORSCHUNG!

- 1 Die Herrschenden setzen alles daran, ihre reaktionäre Ideo- 1 1  
 logie, ihre Bedürfnisse nach reibungsloser kurzfristiger  
 Verwertbarkeit erworbenen Wissens in den Ausbildungsgängen  
 durchzusetzen und abzusichern. Wer militaristische, anti- 5  
 kommunistische, friedensfeindliche oder antigewerkschaftliche  
 Lehrinhalte vertritt, kann sicher sein, einen hochdotierten  
 und gut ausgestatteten Hochschullehrerposten zu bekommen.  
 Wer dagegen von den Wissenschaftlern Ansätze demokratischen  
 Engagements zeigt, wird diskriminiert; wer entschieden für 10  
 Demokratie und sozialen Fortschritt eintritt, wird von den  
 Herrschenden erbittert verfolgt. Damit werden nicht nur die un-  
 mittelbar Betroffenen erheblichen Benachteiligungen ausgesetzt,  
 auch die Interessen der Auszubildenden stehen auf dem Spiel.  
 Unsere Berufsperspektive kann nicht lauten: Duckmäuse- und Fach- 15  
 idiotentum! Bereits in der Ausbildung müssen wir mit den  
 Problemen einer Demokratisierung unserer gesellschaftlichen  
 Umwelt in Theorie und Praxis konfrontiert, müssen wir an diesen Pro-  
 blemen wissenschaftlich qualifiziert werden.
- KAMPF DEN REAKTIONÄREN LEHRINHALTEN! 20  
 FÜR DEMOKRATISCHE STUDIENINHALTE!  
 FÜR FORSCHENDE, KOLLEKTIVE, PROJEKTORIENTIERTE ARBEITSWEISEN  
 IN DER AUSBILDUNG! 20
- Insbesondere gilt es, Militarisierungstendenzen auch im Bereich 25  
 von Bildung und Wissenschaft abzuwehren. Insbesondere mit der  
 Einrichtung von Bundeswehrhochschulen versucht die Bundesregierung,  
 demokratisch nicht kontrollierte, reaktionäre Durchschleusstationen  
 für akademische Berufe zu schaffen.
- ENTMILITARISIERT DIE AUSBILDUNG! 30  
 KEINE BUNDESWEHR-HOCHSCHULEN! 30
- Eine besondere Zuspitzung erhalten die Auseinandersetzungen um  
 die Studienreform in Berufsfragen. Berufungen haben ent-  
 scheidenden Anteil an der inhaltlichen Ausrichtung des Studiums.
- KAMPF DEM BERUFSVERBOT! 35  
 FÜR DIE BERUFUNG FORTSCHRITTLICHER HOCHSCHULLEHRER!  
 MARX AN DIE HOCHSCHULE!
- In neuester Zeit nehmen die Versuche der Kultusministerien 40  
 zu, über eine Verschärfung der Prüfungsordnungen die mate-  
 riellen Probleme des Bildungswesens zu "bewältigen" und  
 alternative Studieninhalte abzuwürgen. Wir dürfen jedoch nicht  
 zulassen, daß Prüfungsordnungen zur Ausschaltung demokratischer 45  
 Alternativen, als Instrument der Unterdrückung studentischer  
 Opposition, der Diskriminierung kritischer Hochschullehrer  
 und der sozialen Auslese eingesetzt werden.
- SCHLUSS MIT SOZIAL DISKRIMINIERENDEN UND POLITISCH DISZI- 50  
 PLINIERENDEN PRÜFUNGSORDNUNGEN! 50
- FÜR DEMOKRATISCHE KONTROLLE DER PRÜFUNGEN!
- Stärker noch als bei anderen Fragen ist die Entfaltung des  
 Kampfes um eine demokratische Studienreform abhängig von unserer  
 Arbeit in den Fachbereichen, in den Vorlesungen und Seminaren. 55

1	In Berufungskämpfen, in der Seminarkritik, in der Kontrolle von Studienreformausschüssen und in aktiven Prüfungsboykotts bestehen wichtige studentische Kampfansätze.	1 1
5	FÜR FREIE POLITISCHE UND GEWERKSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG ! VERHINDERT DIE ZERSCHLAGUNG DER VERFASSTEN STUDENTENSCHAFT ! STÄRKT ASTA UND FACHSCHAFTEN! MACHT ASTA UND FACHSCHAFTEN ZU EUREN KAMPFORGANISATIONEN AUCH IN DER STUDIENREFORM!	5
10	Besonders wichtig ist es, eine gemeinsame Kampffront mit den Gewerkschaften auch in der Studienreform herzustellen. Studienarbeitskreise von Studenten, Hochschullehrern und Gewerkschaften sind als Anfänge hierfür zu nennen. Gerade in der Studienreform kommt es darauf an, Aktionen zu exponierten Einzelproblemen zu verbinden mit permanenten Bemühungen um eine demokratische Veränderung der Studieninhalte und Studiengänge!	10
15		15
	AUCH IN DER STUDIENREFORM GILT:	
20	SCHAFFEN WIR DAS BÜNDNIS MIT DEN FORTSCHRITTLICHEN HOCHSCHUL-ANGEHÖRIGEN, MIT DEN GEWERKSCHAFTEN, MIT ALLEN DEMOKRATISCHEN KRÄFTEN!	20
25	<hr/>	25
30		30
35		35
40		40
45		45
50		50
55		55

25. ORDENTLICHE MITGLIEDERVERSAMMLUNG

ANTRAG NR: 203

Antrag zur Personalstruktur an den Universitäten

Antragsteller: Asta Uni Bonn

**Antrag zur**

Personalstruktur an den Universitäten

Antragsteller ASTA Uni Bonn

Im Vorgriff auf die im Hochschulrahmengesetz vorgesehene bundeseinheitliche Einteilung des Studiums in Kurz- und Langstudiengänge bzw. in anwendungsbezogene und nicht anwendungsbezogene Studiengänge haben alle vier im Bundesrat vertretenen Parteien, die Politik der reaktiven Gemeinsamkeiten fortführend, in einem par-force-Ritt dem Bundestag eine als "Besoldungsneuordnung" deklarierte Personalstrukturreform zur Entscheidung vorgelegt, die unmittelbar nach Bekanntwerden eine weit über die Hochschulen hinausreichende Protestwelle ausgelöst hat.

Die überkommenen hierarchischen Strukturen im universitären Lehrkörper werden nicht nur beibehalten, sondern durch die Schaffung eines 6-Klassen-Lehrkörpers weiter ausgebaut. Einerseits wird durch eine erhebliche Mehrbelastung mit Lehraufgaben die persönliche wissenschaftliche Qualifikation im Mittelbau unmöglich gemacht, andererseits wird die Trennung von Forschung und Lehre durch die Untergliederung der Professoren institutionalisiert. "Ausschließliche Lehrtätigkeit" (18 Semesterwochenstunden) ist für Professoren an Fachhochschulen vorgesehen, an denen auch auf diese Weise ein Kurzstudium festgeschrieben werden soll, das wissenschaftlichen Kriterien nicht standhält und schnell verwertbare Spezialisten produzieren soll. "Fast ausschließliche" und "überwiegende Lehrtätigkeit" (18 bzw. 16 Semesterwochenstunden) sind für den größten Teil der Professoren bestimmt. Lediglich einer kleinen Professoren-Elite ist Forschung von Amts wegen vorbehalten. Für diese sind nur 8 Semesterwochenstunden vorgesehen. Nach dem geplanten Verhältnis der Professorenklassen ist Forschung damit nur noch das Privileg von 20% der Professoren. Damit wird die Einteilung in Kurz- und Langstudiengänge präjudiziert, die Unterwerfung der Masse der Studenten unter die dequalifizierenden Bedingungen eines Helotenstudiums bundesweit vorbereitet. Die Einteilung des Hochschulbereichs in Hoch- und Fachschulen wird verfestigt. Allen demokratischen Bestrebungen nach Integration der einzelnen Hochschultypen, nach Realisation des Grundsatzes vom forschenden Lernen wird ein gesetzlicher Riegel vorgeschoben.

Diese Personalstruktur entspricht der Forderung des BDI nach Abwerfen vom "theoretischen Ballast" in der Hochschulausbildung, noch schneller industrieller Verwertbarkeit der Hochschulabsolventen. Die Anforderungen der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft an den Bereich der Ausbildung gehen dann, die Anzahl der Auszubildenden und die Art ihrer Qualifizierung dem kurzfristigen, vom kapitalistischen Marktmechanismus bestimmten Bedarf an Arbeitskräften und der hierarchisch geordneten Arbeitsplatzstruktur anzupassen. Dem Staat kommt dabei die Aufgabe zu, die grundlegende allgemeine Bildung in Schulen und Hochschulen zu vermitteln. Erst mit der Eingliederung der Ausgebildeten in den Arbeitsprozeß werden sie der Spezialisierung nach den Bedürfnissen der einzelnen Unternehmen und Verwaltungen unterworfen. Das Interesse derjenigen, die über die Produktions-

mittel verfügen, richtet sich dabei darauf, die Inhalte der allgemeinen Bildung so zu bestimmen, daß die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse nicht in Frage gestellt werden. Die Erziehung zur Loyalität gegenüber den Anforderungen der kapitalistischen Gesellschaft soll den gleichen Rang einnehmen wie die Vermittlung der für den Kapitalverwertungsprozeß unmittelbar erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten. Tatsächlich bilden beide Momente in der Ausbildung eine, allerdings nicht widerspruchsfreie, Einheit.

Umfassende wissenschaftliche Qualifikationen, die zur Wahrnehmung fachliche Anforderungen und zur Erkenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge befähigt, schließt eine Einteilung in Rezeptemacher und Rezepteanwender aus. Eine demokratische Studienreform, die den Interessen der Auszubildenden und der arbeitenden Bevölkerung entspricht, setzt entsprechend qualifizierte Wissenschaftler voraus, die nach ihren didaktischen, methodischen und wissenschaftlichen Fähigkeiten in der Lage sind, demokratische Ausbildungskonzepte mit zu erarbeiten und zu realisieren.

Die Tatsache, daß als einzige Hochschule der BRD die Bundeswehrhochschule Hamburg die geplante Personalstrukturreform bereits 1972 bei ihren Stellenausschreibungen zugrunde legte macht überdeutlich, daß dieser Gesetzentwurf der Integration des Hochschulwesens Hohn spricht.

Studenten, Lehrenden und Eltern fordern die Integration des Hochschulwesens nach wissenschaftlich qualifizierter Aus- und Weiterbildung.

Einhellig haben GEW, BAK, ÖTV und DGB gegen das geplante Gesetz protestiert. Die GEW und BAK kündigten Kampfmaßnahmen an und riefen alle progressiven Hochschulangehörigen auf, gemeinsam den Kampf gegen dieses Gesetz zu organisieren.

Der vds ruft die Studenten auf, gemeinsam mit allen Hochschulangehörigen und den Gewerkschaften den Kampf gegen das Personalstrukturgesetz aufzunehmen.

Gegenüber den Plänen des Bundesrates ist für eine demokratische Hochschulreform zu fordern:

- ein einheitlicher und gleichberechtigter Lehrkörper mit Lehr- und Forschungsverpflichtung für alle Hochschullehrer;
- die Einheit von Forschung und Lehre für wissenschaftliche Studiengänge in integrierten Gesamthochschulen vom 1. Semester an;
- ein integriertes wissenschaftliches Studium auf allen Ebenen, in Hoch- und Fachhochschulen;
- hochschuldidaktische Qualifikation für alle Hochschullehrer;
- ein öffentliches Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahren für alle Stellen und der
- Ersatz eines rigiden Prüfungssystems durch studienbegleitende Lernkontrollen.

25. ORDENTLICHE MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Union nationale des  
Associations étudiantes de la RFA

Union nationale des  
associations étudiantes de RFA

ANTRAG NR:

204

Antrag zum Numerus clausus

Antragsteller: AStA Uni Hamburg

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Stimmenthaltungen:

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die damit einhergehenden Veränderungen im Produktionsbereich und die sich verschärfenden internationalen Konkurrenzbedingungen fordert auch für das Monopolkapital der BRD die Ausbildung von mehr und höher qualifizierten Fachkräften.

Gezwungen durch die so ökonomischen Erfordernisse und der immer deutlicher werdenden Forderung der Bevölkerung nach Chancengleichheit im Bildungswesen erhob die SPD/FDP-Regierung in ihrem ersten Regierungsprogramm die Reform des Bildungswesens darunter auch den Ausbau und die Reform des Hochschulwesens zur Priorität Nr. 1.

Da die SPD/FDP-Regierung klar gezeigt hat und zeigt, daß sie nicht bereit ist, die ökonomischen und politischen Machtverhältnisse anzutasten, die Hau Prioritäten zu Lasten des Rüstungshaushaltes und der Investitionszuschüsse für die private Wirtschaft zu verändern, muß der bildungspolitische Horizont der Planer in der BRD durch das Profitinteresse und die Furcht vor zunehmender Politisierung durch mehr Bildungsmöglichkeiten begrenzt bleiben. Nicht zuletzt die hohen Aufwendungen für die Einrichtung von Bundeswehrhochschulen und die intensive Subventionierung von privaten Wirtschaftsakademien entlarven das Geschwätz von der "öffentlichen Armut" als einen Versuch, in demagogischer Weise die Wurzeln der Bildungsmisere, die Priorität von Rüstung und Profit im Interesse der Herrschenden, zu verschleiern.

Die Ausbildungskapazitäten des öffentlichen Hochschulwesens zu erhöhen, ohne nennenswerte finanzielle Aufwendungen tätigen zu müssen, ist nunmehr das erklärte Ziel der Bundesregierung. Neben der Einführung von unwissenschaftlichen Kurzstudiengängen für die breite Masse der Studenten ist der NC bei der Realisierung dieser Ziele von zentraler Bedeutung. Denn durch die Reformversprechungen und die Proklamierung des Rechts aller auf Bildung sind die Bildungserwartungen und Ansprüche gestiegen. Die Selektionsmechanismen des "Dreiklassen"-Schulsystems, der differenzierten Zensurensysteme und der Studien und Berufsberatung reichen nicht mehr aus, um die Zugangsquoten zu den Universitäten den finanzpolitischen Entscheidungen anzupassen.

Noch vor einem Jahr führte Dohnany die "unvorhersehbaren Überbelastungen" auf mangelnde Kapazitätsausnutzung durch überlange Studienzeiten und Studienfachwechsler zurück. Dohnany: "Wer dann noch dem Staat vorwirft, er täte nicht genug zur Beseitigung des NC. der

sollte sich lieber selber an die eigene Brust schlagen." Inzwischen ist jedem deutlich geworden, daß es den Bildungsplanern nicht um Abbau des NC geht, daß er keine vorübergehende Überbrückungsmaßnahme ist, sondern als entscheidendes Instrument der Bedarfsplanung gehandhabt wird.

Nach der schon 1962 erfolgten Einführung des NC für das Fach Medizin und innerer NC's wie z. B. Zulassungsvoraussetzungen für Studienabschnitte, Seminare, Praktika und Kolloquien wurden im Laufe der 60-iger Jahre für Fächer wie Pharmazie, Biologie u. a. Zulassungsbeschränkungen errichtet. Im Frühjahr 1972 verhängte der Hamburger Senat den totalen NC über die Universität Hamburg mit dem Erfolg, daß sich die Studentenzahl sogar verringerte. Verschiedene Universitäten folgten diesem Beispiel. Zum WS 72/73 wurde bereits 30.000 Studienbewerbern der Zugang zum Studium verwehrt.

Ende 1972 schafften sich die Länder durch den Staatsvertrag zur Vergabe von Studienplätzen eine einheitliche Grundlage für den bundesweiten NC in allen Studiengängen. Aufgrund des Staatsvertrages und nach den Richtlinien der Anlagen zum Staatsvertrag erlassen die einzelnen Länder jetzt Verordnungen, die die sofortige Einführung und eine Verfestigung des totalen NC ermöglichen.

Die arbeitende Bevölkerung wird von Zulassungsbeschränkungen am härtesten getroffen. Zum einen durch die Verschlechterung der sozialen Versorgung, durch Verschärfung des Lehrer- und Ärztemangels. Zum anderen durch die Verfestigung des Bildungsprivilegs, indem die geringe Zahl von Arbeiterkindern die den Hürdenlauf zum Abitur gemeistert hat, als erste auch einen Studienplatz verzi-chten muß, da die Mittel zur Überbrückung langer Wartezeiten oder den Wechsel der Universitätsstadt von ihr in der Regel nicht aufgebracht werden kann. Damit trägt der NC zur Verfestigung bestehender gesellschaftlicher Strukturen bei. Das im GG verbürgte Recht der freien Berufswahl und der Ausbildungsstätte wird beschnitten. Die bestehende soziale Auslese wird verschärft, der Leistungs- und Konkurrenzdruck besonders auf der Oberstufe der Gymnasien wird verschärft. Ebenso wie die arbeitende Bevölkerung und die abgewiesenen Bewerber sind auch die schon an der Hochschule Studierenden betroffen.

Denn unter dem totalen Stopp des quantitativen Ausbaus der Hochschulen hat ebenfalls die Qualität der Ausbildung zu leiden. Die Aufnahme neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse erfolgt z. B. erst,

wenn die derzeit Lehrenden ausscheiden.

Der NC bringt innerhalb der Hochschule eine verschärfte Studienreglementierung mit sich, er bedeutet Einflußnahme auf Inhalt und Struktur des Studienangebotes.

Neue Prüfungsordnungen mit Kurzstudiengängen greifen die ohnehin unzureichende Ausbildungsqualität weiter an.

Im Kampf für die Beseitigung des NC geht es allen fortschrittlichen Kräften um die Beseitigung des Bildungsprivilegs, um mehr Studienplätze für Arbeiterkinder.

Es geht darum an den Hochschulen vor allem mehr Ärzte und Lehrer, mehr Sozialarbeiter etc. auszubilden.

Es geht darum, den Einfluß der Großkonzerne auf die Bildungsplanung und Bildungspolitik zurückzudrängen.

Für den Kampf hierum streben wir das Bündnis mit Eltern, Lehrern, Schülern, der GEW, dem DGB und allen fortschrittlichen Organisationen an.

Im gemeinsamen Kampf dürfen sich diese Kräfte nicht auseinanderdividieren lassen. Den Versuchen der Herrschenden, die Frage der Verbesserung der Berufsausbildung gegen den Ausbau der Hochschulen, das Gesundheitswesen auszuspielen, den Versuchen durch die Forderung nach Erhebung einer Bildungssteuer arbeitenden Bevölkerung und Studenten zu spalten, muß das gemeinsame Handeln aller vom Bildungsnotstand Betroffenen entgegen gesetzt werden.

Als Sofortmaßnahmen im Kampf gegen den NC fordert der vds:

- Abbau des NC durch den sofortigen Beginn mit der Errichtung geplanter Universitätsgebäuden und durch Erfüllung der von den Hochschulen gestellten Stellenforderungen
- Ausnutzung von Repräsentationsbauten für die Hochschulen (z. B. Kongreßzentrum Hamburg)
- Abbau des NC bei gleichzeitiger Sicherstellung der wissenschaftlichen Qualität der Ausbildung
- die irrationalen und den Leistungsdruck erhöhenden Abiturnoten dürfen kein Zulassungsmaßstab sein
- für Sonderstudiengänge oder Sonderbedarf (Militärärzte etc.) dürfen keine Zulassungskontingente zur Verfügung gestellt werden.
- die Finanzierung der Bildungsausgaben muß durch Kürzung des Rüstungshaushaltes und der Monopolsubventionen abgesichert werden.

Die Bildungsausgaben dürfen nicht durch Bildungssteuer und Kürzung von Sozialausgaben zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung gehen.

Wir müssen alle unsere Kräfte mobilisieren, damit wir den Herrschenden auf die bevorstehende verschärfte NC-Praxis eine massive Antwort geben und unsere demokratischen Forderungen wirksam vertreten können.

- a) Der vds wird deshalb im SS noch während der Haushaltsberatungen den Entwurf für den Bundeshaushalt 1973 analysieren und konkrete Forderungen für die Finanzierung der Beseitigung des NC, den Ausbau der Hochschulen und den Aufbau eines demokratischen Hochschulwesens entwickeln.
- b) Der vds nimmt Kontakt auf zum DGB, zur GEW, zu den Organisationen der Arbeiterklasse und der Arbeiterjugend, zur BAK und zu den überregionalen Eltern- und Schülervertretungen, um über den erarbeiteten Forderungskatalog zu diskutieren und sich auf gemeinsame Forderungen und Aktionen im kommenden Jahr zu einigen.
- c) Der vds empfiehlt allen Fachschaftsräten und ASTen schon während des SS Patenschaften zu Schulen aufzubauen und sich für die Gründung von regionalen Initiativkreisen gegen die Misere in allen Ausbildungsbereichen einzusetzen (vgl. Initiativkreis Bildungsnotstand in HH), um vor Ort die Zusammenarbeit zwischen Eltern, Lehrern und Schülern zu intensivieren und so die Grundlage für wirksame bundeseinheitliche Aktionen zu schaffen.